

Rückblick auf die Jahre 1992–1993

Das Jahr 1992 brachte viele gewerkschaftspolitische Höhepunkte. Neben den routinemäßig durchgeführten Arbeitsgesprächen der Mitglieder der Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes mit den Vertretern der sächsischen Ministerien und Abgeordneten der Fraktionen des Sächsischen Landtages, des Sächsischen Städte- und Gemeindetages wurden die bewährten Pressekonferenzen weiter fortgeführt und ausgebaut.

Anfang April fand ein Treffen der Landesbünde Ost in Dresden, Hotel „Glasewald's Ruh“ statt, wo die Teilnehmer zu Problemen, wie

- die Mitarbeit in der Landesleitung der Beamtenbünde
- die Einflussnahme der Frauen auf die Gestaltung der Arbeit der Landesbünde
- der Tarifarbeit
- die Anerkennung der Vordienstzeiten

berieten.

Seitens des Landesbundes Sachsen nahmen der Vorsitzende Herr Grothe, die Geschäftsführerin Frau Uhlig sowie Frau Werner und Frau Bischoff teil.



Nach der angestrengten Arbeit am Tage wurde beim gemeinsamen Abendessen noch manches anstehende Problem ungezwungen weiter diskutiert.

Die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden

... wurde notwendig, da anlässlich der Landesvorstandssitzung am 22. April 1992 der Vorsitzende Hagen Grothe sein Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst und somit aus dem SBB bekanntgab. Für seine Arbeit als Landesvorsitzender sprach ihm der Landesvorstand seinen Dank aus. In einer anschließenden Wahl wurde der neue Landesvorsitzende gewählt. Vorgeschlagen wurde Herr Köhler und Herr Dr.



Dr. Gerd Drechsler

Drechsler. Während Dieter Köhler für die Kandidatur zum Vorsitzenden nicht zur Verfügung stand, nahm Dr. Gerd Drechsler diese an und wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Gleichzeitig erfolgte die Wahl eines Stellvertreters. Von den zur Kandidatur stehenden Kolleginnen und Kollegen Werner, Gabriel und Paetz wurde Frau Werner gewählt.

Umzug in das neue Geschäftshaus Hohe Straße 74, Dresden

Am 11. März 1992 war es soweit. Es wurde umgezogen, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Arbeiten im und um das Haus noch nicht abgeschlossen waren.

Neben dem SBB bezogen das Haus weitere Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen.

Anlässlich der Eröffnung fand am 12. Mai 1992 unter Beteiligung von zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens ein Empfang statt.

Durch den Landesvorsitzenden konnte neben dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Werner Hagedorn und seinem Stellvertreter Otto Regenspurger (Mitglied des Bundestages) auch Sachsens Innenminister Heinz Eggert begrüßt werden. Er war eigens aus einer



Geschäftshaus Dresden, Hohe Straße 74



Anbringen der Schilder

Kabinettsitzung herbeigeeilt, um das gewerkschaftspolitische Engagement des SBB zu würdigen.

Generell bestimmt wurde die politische Arbeit des SBB im Jahre 1992 durch die Verbeamtung in Sachsen und der Verabschiedung des Sächsischen Beamtengesetzes. Seitens des SBB wurde wiederholt die Verbeamtungspolitik des Freistaates gerügt, insbesondere die Nichtverbeamtung der Lehrer.

■ Für bessere Arbeits- und Lernbedingungen von Lehrern und Schülern hat die *Arbeitsgemeinschaft Sächsischer Lehrerverbände* im Sächsischen Beamtensbund (SBB) Ende August 1993 vor dem sächsischen Kultusministerium in Dresden demonstriert. Der Protest der Lehrer richtete sich gegen die vom Kultusministerium verordnete Erhöhung der Pflichtstundenzahlen der Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen.



Grüßansprache im Namen der Staatsregierung durch Innenminister Herr Eggert



Minister Eggert im zwanglosen Gespräch mit Werner Hagedorn, Bundesvorsitzender DBB, Horst Zies, Vorsitzender der DBB Tarifunion und Petra Uhlig, Leiterin der DBB-Geschäftsstelle Sachsen

■ Im Jahr 1993

... wurden die gewerkschaftspolitischen Aktivitäten des vergangenen Jahres mit den gleichen Inhalten fortgesetzt. Erstmals wurde im Januar eine Rechtsberatung durch Frau Wiltrud Kirstein vom DBB im Geschäftshaus in Dresden durchgeführt. Damit wurde der Grundstein für eine wesentliche Serviceleistung für unsere Mitglieder gelegt.

Im Februar stellten die Deutsche Justizgewerkschaft Sachsen und der Verband der Tierärzte im öffentlichen Dienst Sachsen den Antrag um Aufnahme in den Sächsischen Beamtensbund. Kollege Dieter Köhler, stellvertretender Vorsitzender des SBB, wurde durch Ministerpräsident Biedenkopf in den Landespersonalausschuss berufen, dem er bis zum heutigen Zeitpunkt angehört.

Auf einer gewerkschaftlichen Großveranstaltung, die im April in Chemnitz stattfand, hat der SBB seine Kritik an der sich hinschleppenden Verbeamtung in Sachsen erneuert. Als das langsamste Schiff im Geleitzug der neuen Bundesländer bezeichnete auf dieser Veranstaltung der Vorsitzende des DBB Werner Hagedorn den Freistaat. Dabei sei das Beamtentum wichtige Voraussetzung für eine effiziente Verwaltung, ohne die die Gesellschaft nicht auskomme.



■ Anfang September fand der TAG der SACHSEN in Görlitz statt.

Der SBB war dabei!



TAG DER SACHSEN

GÖRLITZ 3.-5.9.'93



Wir in Sachsen



Hubert Wicker, Staatssekretär beim sächsischen Staatsminister des Innern (im Bild rechts), hat einen Besuch beim „2. Tag der Sachsen“ Anfang September 1993 in Görlitz zum Anlass genommen, am Stand des Sächsischen Beamtenbundes Fragen der Kommunalverwaltung zu erörtern. Wicker stellte dabei zugleich klar, dass die beamtenfeindlichen Äußerungen des Sächsischen Umweltministers Arnold Vaatz nicht die Meinung des sächsischen Kabinetts wiedergeben, sondern rein persönliche Einschätzungen seien.

Rückblick auf das Jahr 1994

SBB-Pressekonferenz: Ungleichbehandlung angeprangert

Die Ungleichbehandlung der Lehrer in besoldungs- und statusrechtlichen Fragen hat der Sächsische Beamtenbund auf einer Pressekonferenz Ende August 1994 in Dresden angeprangert.

Vor namhaften Vertretern der sächsischen Presse, des Funks und des Fernsehens forderten die im Sächsischen Beamtenbund vertretenen Lehrerverbände und die SBB-Landesleitung die Umsetzung der „Greifswalder Beschlüsse“ der Kultusministerkonferenz zur Einstufung der Lehrer. Bemängelt wurde, dass das Sächsische Kabinett einen Gesetzentwurf zur gleichwertigen „Lehrerbesoldung“ wie in Mecklenburg-Vorpommern bislang nicht auf den Weg bringen konnte. Noch vor der Landtagswahl soll die Sächsische Staatsregierung klare Positionen zur künftigen Lehrerbeseoldung beziehen und Initiativen ergreifen, um die Diskriminierung und Benachteiligung einer ganzen Berufsgruppe in Sachsen zu überwinden. Eine klare Aussage würde, so der SBB-Vorsitzende in seinem Statement vor der Presse, einen wesentlichen Schritt zur Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands bedeuten.

Lehrergleichstellung

Es gibt wohl keinen anderen Bereich des öffentlichen Dienstes, an dem man die Ernsthaftigkeit des politischen Willens besser ablesen kann, zwischen Ost und West gleichstellen, die innere und damit soziale Einheit Deutschlands herbeizuführen, wie die Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer.

Nachdem durch die KMK im Mai vergangenen Jahres die Gleichstellung der Ausbildungen zwischen Ost- und Westlehrern klar und eindeutig festgestellt wurde, steht der tatsächlichen Gleichstellung, nämlich der Eingruppierung in die gleiche Besoldungsgruppe und der Verbeamtung unserer sächsischen Lehrerinnen und Lehrer nichts mehr im Wege. So haben wir als Gewerkschaften gedacht.

Wesentlich initiiert durch das sächsische Finanzministerium hat der sächsische Ministerpräsident entschieden: Zwar gleiche Ausbildung, gleicher Abschluss, gleiche Arbeit im Osten wie im Westen, aber ungleiche Besoldung und ungleiches Amt.

Nach dem Beschluss des Bundesrates vom Juli ist nun der Weg frei, eine landeseigene Regelung zu treffen und ein deutliches Signal zu setzen, ernsthaft die besoldungsrechtliche Gleichstellung zu wollen und herbeizuführen.

Die Leistungen der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer werden vorbehaltlos gelobt und anerkannt.

„Diese enorme Aufbauleistung hätte ohne das hohe persönliche Engagement der Landesbediensteten nicht erbracht werden können. Die Berufsgruppe der Lehrer hat mit der Neugestaltung des sächsischen Schulsystems die Reform eines zentralen Bereichs der landeshoheitlichen Aufgaben getragen. Dabei hat sie zu Unrecht, wie ich meine, wenig Lob und viel öffentliche Kritik erhalten. Für die CDU-Fraktion steht fest: Die sächsischen Lehrer leisten zum Aufbau des Landes einen unverzichtbaren Beitrag, der beachtet und anerkannt werden muss.“

(Zitat aus einem Brief des CDU-Fraktionsvorsitzenden an den SBB).



Im Bild von links nach rechts:
Diethart Guth, Pressesprecher des SBB;
Gerd Drechsler, Landesvorsitzender des SBB;
Petra Uhlig, Geschäftsführerin des SBB

Wenn diese Leistungen also anerkannt sind, dann sollte man diesen Kolleginnen und Kollegen die gerechte Anerkennung auch nicht versagen und dies auch besoldungsrechtlich fixieren.

Hier kann eventuell Sachsen etwas von Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg abschreiben, denn dort liegt die landesgesetzliche Regelung vor, ist vom Kabinett und dem Parlament gebilligt worden.

Wir als SBB sagen, lassen Sie es, Herr Ministerpräsident, nicht zu, dass die ohnehin noch oder schon wieder vorhandenen Ungleichbehandlungen zementiert werden, dass zwischen Ost und West Unterschiede für immer und ewig festgeschrieben werden.

Man stelle sich z. B. vor, dass der Absolvent einer Hochschule besoldungsrechtlich anders behandelt werden würde als derjenige, der ihn im Referendariat betreut hat.

Wie soll man erklären, dass der Bildungsabschluss eines sächsischen Schülers zwar bundesweit anerkannt ist, aber die Qualifikation der Lehrer, die diesen Schüler ausgebildet haben, nicht nach derselben Regel bewertet wird? Ein „Zwei-Klassen-System“ von Lehrern an den sächsischen Schulen wäre vorprogrammiert, Neid- und Konkurrenzsituationen sind nicht ausschließbar, für Motivation und Engagement ergäben sich kontraproduktive Effekte.

Wie soll man erklären, dass Grundschullehrer oder Berufsschullehrer in Sachsen anders behandelt werden als in Schwerin oder Passau?

Der SBB und seine Lehrgewerkschaften erheben deshalb von dieser Stelle die Forderung an den Ministerpräsidenten:

Herr Prof. Dr. Biedenkopf!

Stellen Sie klar, wie die Landesregierung

- die besoldungsrechtliche Gleichstellung der Lehrer herstellen will und
- wie rasch die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer geschehen soll

Hierzu eine klare Aussage von Ihnen wäre ein wesentlicher Schritt zur Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands.

■ Position bezogen

Wie wohl in keinem anderen Bundesland hat sich im Freistaat Sachsen eine politische „Einheitsfront“ gegen das Beamtentum, gegen die Beamten und gegen die Verbeamtung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes über Parteigrenzen und -egoismen hinweg zusammengeschlossen.

Seit dem Kabinettsbeschluss vom 14. Juli 1992 „führt“ die Staatsregierung und mit ihr die CDU-Mehrheitsfraktion im Sächsischen Landtag eine ausgesprochen rigide Verbeamtungspolitik. In Geist und Duktus wurde diese Politik auf der 20. Sitzung des Kabinetts des Freistaates Sachsen mit einem neuen Beschluss (02/0105) bestätigt. Es sind im wesentlichen drei Eckpunkte, die diese Entscheidung prägen:

- Verbeamtung, wenn überhaupt, nur noch in der Eingriffs- oder Ministerialverwaltung,
- Herabsetzung des Verbeamtungsalter auf 40 Jahre
- Ausgrenzung der Lehrerinnen und Lehrer aus der Verbeamtung; sie sollen im Angestelltenverhältnis verbleiben.

Gekoppelt an eine fast „konspirativ“ geführte Diskussion um die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Ämter liegt der Eindruck sehr nahe, dass man mit dem Instrument „Sächsisches Beamtengesetz“ arbeitsmarktpolitische Flurbereinigung betreiben möchte. Dieser Eindruck verstärkt sich deshalb und wird zunehmend zur Gewissheit, da man allen inhaltlichen Diskussionen in Sachsen ausweicht und in populistisch vorgetragenen Äußerungen die Flucht nach vorn anzutreten versucht. SPD und PDS haben sich hier einvernehmlich „gefunden“ und sind derzeit intensiv bemüht, gemeinsam mit der CDU ein sogenanntes „Konsenspapier“ zu schreiben.

Der Sächsische Beamtenbund hat mit sachlicher Aufklärung über die Konsequenzen eines solchen Vorgehens gekontert und eine eigene Verbeamtungskonzeption vorgelegt.

■ Gewerkschaftliches Symposium

Am 25. November 1994 führte der Sächsische Beamtenbund eine Veranstaltung zum Thema „Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Flucht oder Chance“ durch.

Teilgenommen an diesem gewerkschaftlichen Symposium in Leipzig haben u.a. Heinz Ossenkamp, Bundesvorsitzender der KOMBA-Gewerkschaft und stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, Maritha Dittmer, Geschäftsführerin des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Gerd Mende, Abteilungsleiter Abt. II des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, Heinrich Heffter, Abteilungsleiter Abt. I des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Thomas Pietsch, CDU-Fraktion (MdL) sowie Kollegen aus den Personalräten unserer Mitgliedsgewerkschaften im Sächsischen Beamtenbund und im DBB.

Der Vorsitzende des SBB betonte in seinen Eingangsbetrachtungen, dass auch der öffentliche Dienst vor der Aufgabe steht, sich neuen Arbeitsprä-



Der Landesvorsitzende Dr. Gerd Drechsler bei seinen Ausführungen zum Thema: „Privatisierung und wie weiter?“

missen zu stellen. „Aufgabenvolumen, Zielsetzungen, Effizienz und Aufwand staatlicher und kommunaler Aktivitäten stehen auf dem Prüfstand. Der Zwang zur Flexibilität und zur Evolutionsfähigkeit erweisen sich als Herausforderung von historischer Tragweite, ohne dass dabei tragende Prinzipien wie die Berücksichtigung des Bürgerinteresses oder der Bürgerfreundlichkeit aufgegeben werden dürfen.

Der Sächsische Beamtenbund setzt sich seit seiner Gründung im Jahre 1991 für eine effizientere Gestaltung kommunaler und staatlicher Aufgaben ein. Er hat dies in Diskussionen und Stellungnahmen mit konkreten Vorschlägen unter Beweis gestellt.



■ Initiativen zum Beamtenrecht

Auf Antrag des Sächsischen Beamtenbundes hat der Landespersonalausschuss den folgenden Grundsatzbeschluss (G 3/14/94) gefasst:

Der Anstellung während der Probezeit für Inspektoren des nichttechnischen Verwaltungsdienstes (Eingangsamts des gehobenen Dienstes A 9) wird bei Erfüllung folgender Voraussetzungen zugestimmt:

- Übernahme in das Beamtenverhältnis auf der Grundlage des § 168 SächsBG
- Stellenbewertung mindestens Besoldungsgruppe A 11
- Lebensalter bei erstmaliger Verbeamtung im Eingangsamts des gehobenen Dienstes mindestens 40 Jahre
- abgeleistete Probezeit von mindestens zwei Jahren
- Vorliegen überdurchschnittlicher Leistungen

Die dafür notwendige/n laufbahnrechtliche/n Ausnahme/n wird/werden zugelassen.

Ausgefertigt gemäß § 134 Abs. 1 SächsBG in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 1994 (SächsGVBl. S. 1153) i.V.m. § 1 Abs. 3 Geschäftsordnung LPA vom 12. Juni 1993 (SächsABl. S. 978) unter Bestätigung der Richtigkeit. Dieser Beschluss tritt am 31. Dezember 1997 außer Kraft.

Der Sächsische Beamtenbund forderte das Sächsische Staatsministerium des Innern auf, bei der Änderung der Sächsischen Laufbahnverordnung sich an die Regelungen der Bundeslaufbahnverordnung anzulehnen und insbesondere die nachteilige Regelung des § 25 SächsLVO für den gehobenen Dienst diesbezüglich zu ändern. Die Beförderungswartezeit von acht Jahren sollte sich auf das Amt A 13 g beziehen.

In der Diskussion befindet sich derzeit eine Änderung des § 168 SächsBG dahingehend, dass es ermöglicht werden soll, am Ende der obligatorischen Probezeit von drei Jahren für Beamte aus dem Beitrittsgebiet bei Feststellung der Nichtbewährung von einer Entlassung vorerst abzusehen und die Probezeit für den mittleren und gehobenen Dienst um ein Jahr, für den höheren Dienst um zwei Jahre verlängern zu können.

Rückblick auf das Jahr 1995

Privatisierungskonzept: Flickschusterei

Die Bemühungen der Sächsischen Staatsregierung, die Landesverwaltung mit dem vorgelegten Privatisierungskonzept zu modernisieren, greifen nach Auffassung des SBB zu kurz und bleiben im Endeffekt „Flickschusterei“. Was der Zwischenbericht der Sächsischen Staatsregierung zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben an Problemlösungen anbiete, laufe darauf hinaus, staatliche Verantwortung auf die Durchsetzung gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien zu reduzieren.

Ein wirkliches Reformkonzept braucht einen komplexen Gesamtansatz, der auch die Verwaltungsorganisation, das Haushaltsrecht und die Personalführung einbezieht, betonte der Vorsitzende des Sächsischen Beamtensyndikats, Gerd Drechsler. Unter dem Deckmantel ‚Reform‘ gehe es den Verfassern des Berichtes einzig darum, Haushaltsanpassung zu betreiben und auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Sparpolitik durchzusetzen. Mit einem spitzen Rotstift lasse sich aber eine wirklich konzeptionelle Neugestaltung des öffentlichen Dienstes nicht durchführen.



Der Sächsische Beamtensyndikat im Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei am 4. Mai 1995 zu Fragen der Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Im Bild von links:

M. Munding, Leiter Abt. IV der SSK; Gerd Drechsler, Vorsitzender des SBB; G. Meyer, Chef der Staatskanzlei; G. Brüggel, Leiter des Referates IV/2.

Als völlig unzureichend müsse der im Zwischenbericht angestellte Kostenvergleich zwischen Angestellten, Beamten und Privaten bezeichnet werden. Untersuchungen des bayrischen Staatsministeriums für Finanzen vom März 1995 über die finanziellen Aufwendungen beim Einsatz der verschiedenen Statusgruppen seien ebenso „außen vor“ wie die seit mehreren Jahren bekannten Untersuchungen des Bundesrechnungshofes oder des baden-württembergischen Finanzministeriums. Dies ist eine absolut ungenügende Aufarbeitung vorhandener Erkenntnisse und muss damit als Entscheidungsgrundlage für die Politik ernsthaft in Frage gestellt werden, kritisierte Drechsler.

BSBD: Sparmaßnahmen im Justizvollzug?

Die vorsichtig formulierte Nachricht aus dem Justizministerium in Dresden, dass im Rahmen der sogenannten „Abspeckung im öffentlichen Dienst“ auch der Personalhaushalt des Justizvollzugsbereiches betroffen sein soll, hat Unverständnis und gleichzeitig Sorge bei den Bediensteten im Strafvollzug ausgelöst.

Unverständnis auch deswegen, weil bei zunehmender Kriminalität im Freistaat Sachsen und damit zusammenhängender Haftzahlen ein weiterer Aderlass im Personalbereich nicht mehr nachvollziehbar ist. Wenn zur Begründung dieser unverständlichen Sparmaßnahmen die angeblich stagnierende Gefangenenzahl in Sachsen als Mitargument angeführt wird, muss ehrlicherweise auch gesagt werden, dass sich gegenwärtig eine größere Anzahl Jugendstrafgefangener, für die das Land Sachsen zum Vollzug zuständig ist, in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg wegen mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten „in Pension“ befinden.

Demgegenüber dürfen wir mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis nehmen, dass das Sächsische Staatsministerium der Justiz und auch die Mehrheitsfraktion im Sächsischen Landtag (CDU) bemüht sind, den erforderlichen Raumbedarf für die Gefangenenunterbringung zu erhöhen.

Beide Überlegungen – Personalabbau und gleichzeitige Haftplatzvermehrung – lassen sich selbst bei großzügiger Auslegung betriebswirtschaftlicher Denkweise nicht logisch einordnen. Wir möchten deshalb eindringlich davor warnen, dass sich die Überlegungen zum Personalabbau nicht wie 1991 rein rechnerisch vollziehen. Damals wurden hochqualifizierte Mitarbeiter ohne politische Belastung aus fiskalischen Gründen entlassen, um ein Jahr später durch das sogenannte Seiteneinsteigermodell wieder neue Mitarbeiter einzustellen. Dies hat, und das wird auch in Insiderkreisen nicht bestritten, zu einer qualitativen Ausblutung besonders im allgemeinen Vollzugsdienst, geführt.

Auch aus rein rechnerischen Gründen wäre es unklug, wenn man jetzt hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Verwaltungen der Anstalten entlassen würde, die in den letzten Jahren an vielen teuren Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen und sich inzwischen als Fachkräfte in den Anstalten bewährt haben. Bereits im kommenden Jahr müssten die gleichen Stellen wieder mit neuen und unerfahrenen Kräften besetzt werden.

Die Bereiche der inneren Sicherheit vertragen derartig kurzfristige Handlungsweisen aus haushaltspolitischen Überlegungen heraus nicht. Es ist daher notwendig, dass sich unser Justizminister der Politik eines solchen Sparens widersetzt. Der Landesverband der Sächsischen Justizvollzugsbediensteten wird erneut mit der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag Kontakt aufnehmen, um die Mehrheitsfraktion von der Richtigkeit unserer Vorstellungen zu überzeugen.

5 Jahre SLV: 5 Jahre Einsatz für die Lehrer

Im Dezember 1989, als die damalige FDGB-Gewerkschaft Unterricht und Erziehung den Entwicklungen der Wendezeit nach sprachlos gegenüberstand, nahmen in mehreren sächsischen Orten verantwortungsbewusst Lehrerinnen und Lehrer bereits in

kleinen Gruppen die Diskussion über neue Formen ihrer Interessenvertretung auf.

Nachdem Mitte Januar 1990 in Aue der Gründungsauftrag für die Bildung eines Sächsischen Lehrerverbandes erschienen war, erklärten sich innerhalb weniger Wochen über 750 Lehrerinnen und Lehrer aus dem sächsischen Raum bereit, einer solchen Vereinigung beizutreten. Etwa 270 von ihnen fanden sich am 10. März in der Pestalozzischule in Aue zur Gründungsversammlung ein.

Sie legten damit den Grundstein für einen Verband, der als erste unabhängige Interessenvertretung der Lehrer Sachsens nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR angesehen werden kann.

In einer Willenserklärung forderten die Gründungsmitglieder

- die Ablösung der die alten Machtstrukturen verkörpernden Schulfunktionäre,
- keine Neueinstellungen von Lehrern mehr, die bis dahin berufs-fremd tätig waren (sogenannte „Modrow-Lehrer“),
- Sicherung der Arbeitsplätze für Absolventen,
- Interessenvertretung der Lehrer durch gewählte Personalräte,
- berufsbegleitende Studiengänge zur Weiterbildung sowie
- die Angleichung der Gehälter an die Einkommen der Hoch- und Fachschulkader anderer Bereiche.

Mit der Umsetzung dieser Forderungen in einer demokratischen Gesellschaft wuchs die Bedeutung des SLV, der in kurzer Zeit zum größten Lehrerverband Sachsens avancierte.

Kompromissloses Eintreten für den Beamtenstatus

Seit seiner Gründung tritt der SLV für den Beamtenstatus der Lehrer ein und fordert die Angleichung an die Besoldungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Auch ein Lehrer in Sachsen erfüllt hoheitsrechtliche Aufgaben des Staates und muss demzufolge grundsätzlich Beamter sein. Es ist unverkennbar, dass bundesweit am Beamtenstatus der Lehrer und damit auch an seiner Stellung in der Gesellschaft gerüttelt werden soll. Der SLV wird deshalb weiterhin allen Bestrebungen begegnen, dass der Freistaat Sachsen zum Wegbereiter dieser Entwicklung wird.

Der SLV tritt nachdrücklich dafür ein, dass die Gleichstellung der Lehrämter in Sachsen mit den Lehrämtern der Altbundesländer nicht durch eine Arbeitgeberrichtlinie, sondern im Sächsischen Besoldungsgesetz festgeschrieben wird, unabhängig von Zeitpunkt und Umfang der Verbeamtung der Lehrer.

Gleichstellung

Um eine Gleichstellung mit den Lehrern in den Altbundesländern zu erreichen, müssen neben den Ausbildungsgängen und Abschlüssen nach dem Recht der ehemaligen DDR der schulartspezifische Einsatz und die Bewährung des Lehrers berücksichtigt werden. Im Bewährungszeitraum müssen grundsätzlich alle anerkannten Dienstjahre berücksichtigt werden. Schon auf dem 2. Landesdelegiertenkongress wurde gefordert: Die Anerkennung der Hochschulabschlüsse muss einhergehen mit einer Anerkennung der Dienstjahre im Sinne der 2. Staatsprüfung.

Für den Sächsischen Lehrerverband steht außer Frage, dass ein Lehrer mit dem Abschluss nach dem Recht der ehemaligen DDR, der die gleichen Aufgaben erfüllt wie ein Lehrer in den Altbundesländern, grundsätzlich auch hinsichtlich der Vergütung eine Gleichstellung erfahren muss.

Sichere Arbeitsplätze

Der Sächsische Lehrerverband hat maßgeblichen Anteil daran, dass es in Sachsen bislang nicht zu Bedarfskündigungen im Lehrerbereich gekommen ist.

Als im Jahr 1991 ein Erlass des Kultusministeriums Kündigungen politisch belasteter Lehrer bzw. aus Gründen mangelnder fachlicher Qualifikation vorsah, war es der SLV, der auf eine Einzelfallprüfung bestand. Gefordert wurde zudem eine beschleunigte Überprüfung der Lehrer durch die Gauck-Behörde.

Stets waren die Bestrebungen des SLV darauf ausgerichtet, trotz angespannter Finanzsituation im Freistaat Sachsen, den Haushaltsgesetzgeber zu veranlassen, genügend Lehrerstellen bereitzustellen. Von einer optimalen Stellenzahl kann noch keine Rede sein, insbesondere an den Gymnasien fehlen Lehrer. Selbst die vom SLV scharf kritisierte Erhöhung der Lehrerwochenstundenzahl konnte das nicht ausgleichen. Die Senkung der Lehrerpflichtstundenzahl gehört deshalb nach wie vor zum Kern der Forderungen unseres Verbandes.

Den Lehramtsanwärtern ist ein Einstellungskorridor offenzuhalten, um zu verhindern, dass die Altersstruktur innerhalb der Lehrerschaft sich weiter nach oben verschiebt und jungen Lehrern die beruflichen Perspektiven genommen werden.

■ SBB fordert nachdrücklich Verbeamtung der Lehrer

Aus Anlass der angespannten Situation im Schulbereich hat der Sächsische Beamtenbund eine Pressekonferenz durchgeführt, um die Öffentlichkeit auf die bewusste Verschleppung der Verbeamtung der Schulleiter und Lehrer in Sachsen, auf die Verzögerungstaktik bei der Umsetzung der KMK-Beschlüsse und auf das ausweichende Verhalten bei der Regelung der Fragen für teilzeitbeschäftigte Kollegen aufmerksam zu machen.

Aus diesen Gründen hat der Sächsische Beamtenbund im Namen seiner Mitglieder aus den sächsischen Lehrgewerkschaften die Landesregierung und das Landesparlament aufgefordert, die Verbeamtung der Lehrer unverzüglich in Angriff zu nehmen.



Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Sächsischer Lehrerverbände 1995

Ferner unterstützt der SBB die von der KMK getroffene Vereinbarung vom 6./7. März 1993 zur Anerkennung der Lehrerausbildungsgänge der ehemaligen DDR und fordert die Bundesregierung und den Bundesrat auf, die KMK-Beschlüsse ohne Abstrich und umgehend in gesetzliche Regelungen zu übernehmen. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen, Lehrer in das Beamtenverhältnis zu übernehmen und in das System der Bundesbesoldungsordnung einzuordnen.

Der SBB setzt sich nachdrücklich dafür ein, den Verbeamtungsprozess in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Sachsen nach den gesetzlich vorhandenen Grundlagen zügig zu vollziehen.

Sächsischer Beamtenbund erreicht Korrektur bei Wohnungsfürsorge

Erfolg hatte der Sächsische Beamtenbund mit einem Appell an den sächsischen Staatsminister Georg Milbradt, die Wohnungsfürsorgebestimmungen nochmals zu korrigieren. Insbesondere die beabsichtigte Einführung einer Kappungsgrenze in Höhe von 33 400,- Mark jährlich plus 8 000,- Mark für jedes Kind würde in Zukunft die Schaffung von Wohnungseigentum nicht mehr ermöglichen. Insbesondere Mitarbeiter des Freistaates Sachsen, die aus diesem Bundesland stammen, seien von der Verschlechterung betroffen, da es in der DDR Bausparverträge und ähnliche Sparformen nicht gab.

Zwar hat sich das Ministerium einem Gespräch entzogen, in seinem Antwortschreiben wies Staatsminister Milbradt jedoch darauf hin, dass der Entwurf „noch in einigen Punkten, insbesondere zu Einkommensgrenzen“, nachgebessert werden müsse. Dem Anliegen des SBB will der Staatsminister dadurch Rechnung tragen, dass geringere verdienende Mitarbeiter einen höheren Kreditbetrag erhalten sollen. Auch soll es weiterhin möglich sein, dass Landesbeschäftigte Bauland vom Freistaat Sachsen erwerben können.

Die Tatsache, dass „der Entwurf der neuen Wohnungsfürsorgebestimmungen in der vorliegenden Fassung für eine Herausgabe nicht geeignet sei“, spricht nach Auffassung des SBB nicht für die Qualität der bisher erarbeiteten Änderungsvorschläge.

Der SBB wird sich weiterhin darum bemühen, dass die Wohnungsfürsorgebestimmungen des Freistaates Sachsen in ihrem Wesen erhalten bleiben.

Innenminister Heinz Eggert in einem Schreiben an den Sächsischen Beamtenbund: Ihre Bedenken sind schwerwiegend...

„Die von Ihnen angesprochene Bundesratsinitiative des Saarlandes zur Änderung des Art. 33 Abs. 5 GG verfolgt das Ziel, unter Einschränkung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zeitlich unbefristet für Beamtenbewerber Teilzeitbeschäftigung auch ohne einen entsprechenden Antrag des Beamten vorzusehen, wenn Gründe des Allgemeinwohls dies erfordern.

Mit dieser Initiative soll also die verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen werden, das Prinzip der „vollen Hingabe“ des Beamten an seinen Beruf und das damit korrespondierende Alimentationsprinzip allgemein einzuschränken. Neben dem Regeltyp des Vollzeitbeamten würde ein neuer Regeltyp des Zwangsteilzeitbeamten eingeführt mit dem Ziele, hierdurch bestehende Personalüberhänge abzubauen.

Die Initiative des Saarlandes, die zwischenzeitlich durch eine noch weitergehendere des Landes Niedersachsen ergänzt wurde, ist außer-

ordentlich problematisch. Dementsprechend kritische Äußerungen einzelner Berufsverbände liegen bereits vor. Die von Ihnen gegen die Schaffung eines obligatorischen Teilzeitbeamtenverhältnisses ebenfalls erhobenen Bedenken sind schwerwiegend. Sie werden von meinem Haus bei weiteren Beratungen einbezogen und entsprechend berücksichtigt werden.“

DVG Sachsen: Sächsische Verwaltungsschule in Frankenberg erhalten

Die sächsische Verwaltungsschule in Frankenberg soll nach dem Willen der sächsischen Staatsregierung Ende 1996 geschlossen werden.

Die Verwaltungsschule besteht als Bildungseinrichtung seit 1901 und hat sich als sächsische Verwaltungsschule seit 1991 zu einer Aus- und Fortbildungseinrichtung für Beamte des mittleren Dienstes entwickelt.

Die Schule hat nur wenige hauptamtliche Lehrkräfte und arbeitet überwiegend mit Dozenten aus der Praxis.

Auf die rund 40 Mitarbeiter der Verwaltungsschule kommen mit Schließung bzw. Verlagerung der Schule Versetzungen bzw. Kündigungen zu, die nicht sozialverträglich sind.

Es ist eine völlig unverständliche Entscheidung des Finanzministeriums, einen Neubau für 65 Millionen Mark in Niederbobritzsch/Kreis Freiberg zu errichten und dafür bewährte Einrichtungen stillzulegen.

Dem Landkreis Mittweida würde nach der Schließung der Landesfinanzschule und der Lokfahrschule der Deutschen Bahn AG in Hainichen eine weitere Einrichtung verloren gehen.

Die DVG Sachsen hat sich deshalb in einem Schreiben an den sächsischen Staatsminister des Innern, Klaus Hardraht, für den Erhalt der Ausbildungseinrichtung eingesetzt.



Rückblick auf das Jahr 1996



Die sächsischen Lehrerverbände bei der Diskussion von bildungspolitischen Aufgaben

Beschäftigungspolitisches Programm des SBB und seiner Lehrergewerkschaften

Im Februar 1996 trafen sich die sächsischen Lehrerverbände unter Leitung des Landesvorsitzenden, um erneut über die Entwicklung des Lehrer- und Erzieherberufes in Sachsen zu beraten.

„Wir wollen verhindern, dass die derzeit schwierige Situation in den öffentlichen Haushalten dazu genutzt wird, um Bildungsangebote zu kürzen, Bildungsbedingungen zu verschlechtern und Bildungschancen zu beschneiden“, so der SBB-Landesvorsitzende.

Getragen von den pädagogischen Grundüberzeugungen, dass

- Schule mehr ist als Unterricht,
 - Bildung nicht reduziert werden darf auf Wissensvermittlung,
- fordern die sächsischen Lehrerverbände:
- die Gleichbehandlung und Gleichstellung der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in den alten Bundesländern,
 - die Vorlage einer soliden und vernünftigen Planung in den Bereichen Bildungsinhalte, Bildungsstandards und Personal,
 - die Aufnahme verbindlicher Verhandlungen zu einem Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung.

Die Lehrerverbände des SBB erarbeiten dazu, gemeinsam mit allen Betroffenen, in den nächsten Wochen ein beschäftigungspolitisches Programm.

Presseecho

Beamtenbund warnt vor der politischen Amtsstube Verbeamtungskonzept vorgelegt – Lehrer sind immer noch Streitobjekt

Von Steffen Klameth

Der Beamte, das weiß Dr. Gerd Drechsler genau, ist nur Recht und Gesetz verpflichtet. Politik sei da außen vor – und das solle auch so bleiben, meint der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes (SBB).

Der regierenden CDU ist das allerdings nicht genug. Die Mehrheitsfraktion im Landtag fordert seit längerem mehr Leistungsdruck in der öffentlichen Verwaltung. Aus dieser Intention entsprang der Plan, Führungspositionen künftig nur noch für eine bestimmte Zeit zu vergeben.

Beim parteilosen Innenminister Klaus Hardraht, einst selbst verbeamteter Staatssekretär, stieß sie damit auf offene Ohren: Die Beamtengesetze würden sich gerade in dieser Hinsicht oft als unzureichend erweisen, erklärte der Minister. Jetzt wollen die Sachsen eine entsprechende Initiative im Bundesrat starten.

In den Augen des Beamtenbundes wird der Schuss freilich nach hinten losgehen.

Statt Kreativität erzeugte die Regierung damit Abhängigkeit, anstelle kritischer Distanz greife Anpassungsdenken um sich. Drechsler: „Die Folge ist eine extreme Politisierung der Amtsstuben.“ Im übrigen sei es schon jetzt möglich, Beamte auch in Führungspositionen auszutauschen. Keine Probleme hat die Gewerkschaft mit den Wahl- und Zeitbeamten, die ebenfalls nur für eine bestimmte

Frist ihr Amt innehaben.

Wieviele Beamte es in Sachsen derzeit gibt, kann nicht einmal der Beamtenbund sagen. Er weiß nur eines: Es sind zu wenig. Am Freitag will man dem Innenminister ein Verbeamtungskonzept übergeben, das der sparsamen Linie der Regierung deutlich zuwiderläuft. So sollen neben Schulleitern und deren Stellvertretern auch die Lehrer und Lehrerinnen an den Gymnasien, Berufsschulen und Förderschulen „zügig und ohne Vorbehalte“ verbeamtet werden. Für die Verbeamtung der Mittel- und Grundschullehrer fordert der Beamtenbund ein Übergangskonzept. Der SBB-Chef ruft die Streikwelle in Frankreich in Erinnerung. Die Streikfreiheit sei ein wichtiges Gut, das die Regierung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollte.

Und mit dem Argument, Beamte seien zu teuer, könne man ihm auch nicht mehr kommen, sagt Drechsler – und holt die Sächsische Zeitung vom gestrigen Tage hervor. Da hatte Kultusminister Matthias Rößler (CDU) geäußert, jede von Angestellten besetzte Beamtenstelle koste dem Freistaat 17 000 Mark mehr pro Jahr.

(Sächsische Zeitung, 8.2.1996)

Beamtenbund: 1998 Westgehalt

Der Sächsische Beamtenbund fordert für die öffentlich Bediensteten im Freistaat eine Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau bis 1998. In diesem Jahr gehe man von einer Anhebung auf 90 Prozent, im kommenden Jahr auf 95 Prozent aus. Außerdem unterstützt der Landesverband für die bevorstehende Tarifrunde die Forderung nach einer bundesweiten Erhöhung der Gehälter um drei Prozent.

Eine klare Absage erteilte der Landesvorsitzender Bestrebungen der Staatsregierung, Kommunalbeamte nach der Finanzkraft der Gemeinden zu bezahlen.

(Sächsische Zeitung, 8.2.96)

Beamtenbund warnt vor Politisierung der Amtsstuben Konzept für sächsische Verbeamtungen vorgelegt

Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) hat vor einer Politisierung der Amtsstuben gewarnt. Die Pläne von Innenminister

Klaus Hardraht (parteilos), Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung nur noch auf Zeit zu vergeben, würden politische Anpassung fördern, sagte er. Gleichzeitig legte er ein Konzept des SBB für Verbeamtungen vor.

Es sieht vor, alle Beschäftigten, die partei-unabhängige Entscheidungen treffen oder aus Gründen der Sicherung des Staates nicht in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis stehen dürfen, zu verbeamten. Aufgeführt sind insbesondere Polizei und Verfassungsschutz, Statistisches Landesamt und zentrale Ausländerbehörde. Im Bereich des Kultusministeriums sollen die Mitarbeiter der Schulaufsichtsbehörden, Schulleiter und deren Stellvertreter, Gymnasial-, Berufs- und Förderschullehrer Beamtenstatus erhalten. Für Lehrer an Grundschulen sieht das Konzept einen Stufenplan vor: Auch Lehramtsanwärter sollten „unverzüglich verbeamtet“ werden. Eine Besetzung von Führungspositionen auf Zeit erlaube im öffentlichen Dienst keine Professionalität, sagte Drechsler. Statt dessen seien dringend Reformen notwendig, die zu höherer Motivation der Beschäftigten beitragen. Das „immense Sparprogramm“ der Regierung schließe aber eine wirkliche Reform aus.

Auch Finanzminister Georg Milbradt (CDU) hatte gefordert, höhere Positionen nur noch auf Zeit zu vergeben. Darüber hinaus sollen die Kommunen mittelfristig ihre Mitarbeiterzahl um 40 000 kürzen. Bei den Gehältern regte er erneut eine regionale Differenzierung der Bezüge an.

(Freie Presse, 8.2.1996)

■ Tarifverhandlungen 1996



Am 04. 03. 1996 kam die große Tarifkommission der GGVöD (Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes) in Bonn erstmals zur Tarifrunde 1996 zusammen. Die Tarifverträge Ost wurden zum 31. 03. 96 und die Tarifverträge West zum 30. 04. 96 fristgemäß gekündigt.

Erstmals finden damit Tarifverhandlungen für die Tarifgebiete Ost und West gleichzeitig statt. Diese Tarifverhandlungen beginnen am 25. April in Stuttgart.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtig anstehenden Probleme hat die GGVöD gemeinsam mit dem DBB folgende Forderungen erhoben:

- eine lineare Anpassung der Löhne und Vergütungen mit einer Laufzeit von 12 Monaten sowie der Dienst- und Versorgungsbezüge von 3,5 %,
- einen Stufenplan, beginnend am 1. April 1996, zur vollen Angleichung der Beschäftigungsbedingungen (z. B. Einkommen, Arbeitszeit, Kündigungsschutz) in den neuen Bundesländern an das Westniveau,
- eine bedarfsgerechte Personalausstattung des öffentlichen Dienstes zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben statt eines weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen. Dazu gehören die Beseitigung eingetretener Personaldefizite, der Verzicht auf weiteren Personalabbau ange-

sichts des riesigen Berges von Überstunden, die Aufhebung von Wiederbesetzungssperren und Einstellungsstopps, die tarifvertragliche Vereinbarung der Altersteilzeit sowie die Ausschöpfung von Ausbildungskapazitäten.

Mit der Einführung dieser Forderungen des DBB/GGVöD leistet der öffentliche Dienst einen wirksamen Beitrag zu einem Bündnis für Arbeit.

Des Weiteren wurde u.a. durch die GGVöD beschlossen, dass für die Pädagogen in Sachsen Tarifverhandlungen zur Eingruppierung gefordert werden, da Sachsen als einziges Bundesland kein Besoldungsgesetz für Lehrer besitzt. Die einseitige Arbeitgeberrichtlinie zur Eingruppierung der Lehrer darf nur eine zeitlich eng befristete Übergangslösung sein, die durch ein Besoldungsgesetz oder durch einen Tarifvertrag abgelöst werden muss.

■ SBB-Landesvorstand: Verbeamtungskonzept

Konzeption für Verbeamtungen und Beamtenrecht

Der Landesvorstand des SBB fasste in seiner Jahresabschlussitzung weitreichende Beschlüsse zur Mitgestaltung der Reformen und der Verbeamtungsstrategien im Freistaat.

Unter der Leitung des Sächsischen Beamtensyndikats wurde eine Konzeption zur Verbeamtung im Freistaat Sachsen erarbeitet und verabschiedet. Mit Bezug auf die einzelnen Ministerien im Freistaat werden konkrete Umsetzungen der Verbeamtungen im Bereich des öffentlichen Dienstes gefordert. Mit dieser Initiative will der Sächsische Beamtensyndikat die zögerliche Haltung bei den Verbeamtungen in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes beenden. Klare Forderung des Sächsischen Beamtensyndikats ist und bleibt die Verbeamtung der Lehrer im Freistaat.

Die Entschließung zur Verwaltungsreform des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen beinhaltet außerdem die Forderung, die Verbeamtungen nicht nur im engen hoheitlichen Bereich, sondern auch in Bereichen, die der Sicherung des Staates und des öffentlichen Lebens dienen, vorzunehmen. Nur die Unabhängigkeit des Berufsbeamtentums garantiere eine stabile und verlässliche Leistungsbereitstellung.

„Die Gemeinwohlverantwortung des sozialen Rechtsstaates braucht das Berufsbeamtentum. Deshalb gehören beide zusammen!“, so der Chef des SBB.

Der SBB wird den Parlamentariern aller Fraktionen die Entschließungen zuleiten und auf deren Umsetzung hinwirken. Durch konstruktive Mitarbeit und frühzeitiges Einbringen eigener Vorstellungen und Ziele wird der Sächsische Beamtensyndikat die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes umsetzen.



Blick in die Landesleitungssitzung

Israelische Akademiker zu Gast beim SBB

Am 28. Oktober 1996 weilte eine israelische Delegation in Dresden. Es kam zwischen dem Sächsischen Beamtenbund und Union of Graduates in Social Sciences & Humanities zu intensiven Arbeitsgesprächen zu Fragen der Gewerkschaftsarbeit und Bildung in beiden Ländern.

Auf beiden Seiten herrschte großes Interesse, mehr Information zu erhalten über das Leben im Freistaat Sachsen bzw. in Israel, über die gesellschaftlichen Strukturen der Länder, den öffentlichen Dienst und die Arbeit der Gewerkschaft. Der Sächsische Beamtenbund und die Union of Graduates in Social Sciences & Humanities haben festgestellt, dass es eine Reihe von Anknüpfungspunkten für eine gemeinsame Bildungsarbeit gibt.



Dr. Gerd Drechsler, Landesvorsitzender des SBB (re. im Bild), beim Freundschaftsaustausch mit dem Generalsekretär der REUVEN GOLDBERG (li.), und dem israelischen Kollegen Ricardo Lestrel.



Gruppenbild: Die Geschäftsführerin des SBB, Petra Uhlig (3.v.re.) zeigt der israelischen Delegation die Altstadt Dresdens.

KOMBA-Gewerkschaft Sachsen Wort gehalten!

Wort gehalten hat die Sächsische Staatsregierung mit einem konsequenten und rigiden Stellenabbau in den Kommunen des Freistaates. Koste es was es wolle! In diesem Sinne werden die Mittelzuweisungen des Landes an die Kommunen umverteilt, so dass diese zu einem großen Teil für Investitionen zu verwenden sind und nicht mehr für Personal und Sachkosten zur Verfügung stehen. Damit soll die Wirtschaft angekurbelt werden. Es ist jedoch außerordentlich fraglich, wie die Mitarbeiter in den Rathäusern noch motiviert werden können, mit noch weniger Personal, stagnierenden Gehältern und unsicheren Arbeitsplätzen noch mehr zu leisten.

Arbeitstagung: DBB-Landesbundvorsitzende in Dresden

Auf Einladung des Sächsischen Beamtenbundes trafen sich am 4. und 5. Oktober 1996 die Landesbundvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes in Dresden zu einer Klausurtagung zu Reformfragen des öffentlichen Dienstes.



Herzliche Begrüßung durch Peter Heesen, stellvertretender Bundesvorsitzender des DBB (Mitte); links: Dr. Gerd Drechsler, Vorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes; rechts: Senator Dieter Kattenbeck, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes; Dieter Köhler, stellvertretender Vorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes.

Es wurde einmütig festgestellt: Mit der Institution des Berufsbeamten-tums verfügt der Staat über ein Instrumentarium, das Rechtsstaatlichkeit, Verlässlichkeit und Neutralität bei der Eröffnung öffentlicher Aufgaben sicherstellt. Einen breiten Raum der Gespräche nahm die Forderung des Beamtenbundes nach Verbeamtung der Lehrer ein.

„Trotz anfänglicher prinzipieller Bereitschaft der neuen Bundesländer ist die Verbeamtung in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes bei weitem nicht so vorangeschritten, wie es nach den Vorgaben des Einigungsvertrages erforderlich wäre. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Lehrer, an dem sich im Augenblick die Diskussion kristallisiert“, so der stellvertretende Bundesvorsitzende des DBB, Peter Heesen.

Das Schulwesen gehört nach Art. 7 des Grundgesetzes zu den herausragenden „öffentlichen Pflichten“. In der Öffentlichkeit werde weitgehend nicht zur Kenntnis genommen, dass in den Schulen in großem Umfang hoheitliche, für den späteren Lebensweg der Schüler prägende Entscheidungen getroffen werden. Daneben garantieren die beamtenrechtlichen Bindungen die Verwirklichung des sozialstaatlichen Bildungsauftrages wie die Sicherung des Schulangebotes und auch die pädagogische Freiheit, die für einen erfolgreichen Unterricht in der Demokratie unerlässlich sei.

Weiterhin stand ganz aktuell im Mittelpunkt der Gespräche der Versorgungsbericht des Bundesministers des Innern. Kanther weist in seinem Bericht darauf hin, dass die Ursachen für die Kostenentwicklung im Versorgungsbereich vor allem auf vermehrte Einstellungen in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und Rechtsschutz zurückzuführen sind, die getätigt wurden, um wichtigen gesellschaftspolitischen Anliegen Rechnung zu tragen. Ausdrücklich stellt Kanther in diesem Zusammenhang fest, „dass auch die Bewältigung der Folgekosten gesellschaftlicher Erwartungshaltungen nicht den Angehörigen des öffentlichen Dienstes aufgebürdet werden kann, sondern durch die gesamte Gesellschaft geleistet werden muss, die die Ausweitung der Staatstätigkeit gewollt und die damit verbundenen Vorteile konsumiert hat“.

Hauptgegenstand der Diskussion war weiterhin das Vorankommen der Dienstrechtsreform, die mittlerweile allerdings auf reinen Sparkurs gegangen ist.

„Aus unserer Sicht muss auch das öffentliche Dienstrecht in wesentlichen Punkten reformiert und den geänderten Gegebenheiten angepasst werden, wobei wir der Überzeugung sind, dass die Politik die vorhandenen Gestaltungsspielräume im Dienstrecht endlich ernsthaft nutzen muss“, erklärte der stellvertretende DBB-Bundesvorsitzende Peter Heesen.

Zudem hält der Beamtenbund ein Dienstrechtsreformgesetz als einzigen Beitrag zur Reform der öffentlichen Verwaltungen für unzureichend. „Wir brauchen nicht punktuelle Maßnahmen, die sich vornehmlich nur auf die Beschäftigten konzentrieren, sondern ein umfassendes Konzept, das auch die Organisation und die Wirtschaftsgrundsätze der Verwaltung mit einbezieht“, so die Auffassung des Beamtenbundes.

„Was wir für diese gewaltige Aufgabe brauchen, ist ein möglichst breiter Konsens, der geschaffen werden muss und der getragen werden soll vom Willen zur Gestaltung und Veränderung“, so der SBB-Vorsitzende.



Abschließend wurde festgestellt: Der öffentliche Dienst in der Bundesrepublik gehört zu den besten in der Welt. Und das Dienstrecht in Deutschland ist äußerst flexibel, während es zugleich für die Bedienten den notwendigen sozialen Schutz bietet. Es gibt keinen Grund, dieses Dienstrecht kaputt und den öffentlichen Dienst damit leistungsschwach zu machen. Der Staat selbst würde sich damit schaden, und die Bürger wären die Leidtragenden.

Rückblick auf das Jahr 1997

■ Das war für den SBB 1997 wichtig:

Der Sächsische Schulleiterverband (SSV) wurde neues Mitglied im Sächsischen Beamtenbund (SBB). Vorsitzende des SSV ist **Kerstin Daniel** aus Mühlau.

Die KOMBA-Gewerkschaft Sachsen wandte sich gegen den permanenten Stellenabbau im öffentlichen Dienst Sachsens. Auf dem 3. Landesdelegiertenkongress des Sächsischen Lehrerverbandes wurde **Ingrid Schwaar** zur Landesvorsitzenden gewählt. Ebenfalls als Landesvorsitzende (wieder-) gewählt wurden **Jochim Rothe**, DSTG, **Volker Schuster**, KOMBA-Gewerkschaft Sachsen, und **Reinhard Plicka**, BLBS.

Der Landesvorsitzende des SBB, **Dr. Gerd Drechsler**, der Sächsische Städte- und Gemeindegtag und der Sächsische Landkreistag starteten eine gemeinsame Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation im öffentlichen Dienst. Die Kommission Beamtenrecht und Besoldung unter der Vorsitzenden **Karin Witzgall**, DStG, gab zahlreiche Stellungnahmen ab (z. B. Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes, SächsUrlVO, SächsLVO und zur Dienstrechts- und Verwaltungsreform).

Nahezu 20.000 Lehrer wandten sich in Dresden gegen den vom Kultusministerium vorgelegten Entwurf einer „Vereinbarung über Gestaltung eines sozialverträglichen Personalabbaus an Grundschulen des Freistaates Sachsen“. Diese Vereinbarung hätte Lehrerinnen und Lehrern Einkommen in Höhe des Sozialhilfeniveaus beschert. Die Delegierten des 2. Landesdelegiertentages der DPoIG wählten als Nachfolger von **Detlef Schönefuß** den stv. Landesvorsitzenden des SBB, **Frank Conrad**, zu ihrem neuen Landesvorsitzenden.

Die Sächsische Staatsregierung schuf die Voraussetzung für die Verbeamtung von 800 Leitern von Grundschulen und deren Stellvertretern. Der SBB-Frauenvertretertag wählte **Ursula Wenzl** von der DStG zu seiner neuen Vorsitzenden. (siehe Foto unten)



Der SBB lehnte die Novelle zum Sächsischen Personalvertretungsgesetz ab. Rechtzeitig zu den Personalratswahlen nach dem umstrittenen novellierten SächsPersVG veröffentlichte der SBB einen Aufruf zu den Personalvertreterwahlen 1997. Unter anderem rief der SBB dazu auf, die Vertreter der Gewerkschaften des SBB zu wählen, weil sie eine kompetente Arbeit und einen Beitrag zur Pluralität der gewerkschaftlichen Arbeit leisten würden (Kompetenz vor Ideologie). Spitzenkandidaten zur Wahl des HPR im Kultusministerium waren seitens des SLV **Ingrid Schwaar**, Dresden, **Petra Müller**, Neusalza-Spremberg, **Elke Liebing**, Leipzig und **Heinrich Schilling**, Freiberg.

Volker Schuster, Landesvorsitzender der KOMBA-Gewerkschaft Sachsen führte ein Spitzengespräch mit dem Direktor des Kommunalen Versorgungsverbandes (KVS), **Roland Krieger**. **Friedrich Krämer**, Landesvorsitzender des BSBD, forderte eine Änderung des Strafvollzugsgesetzes und die Lehrerverbände führten Musterprozesse, um die Eingruppierung der Gymnasiallehrer mit Staatsexamen vor 1970 in die VergGr IIa BAT-O zu erreichen.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) unter ihrem Bezirksvorsitzenden **Franz Gauruder** wandte sich scharf gegen beabsichtigte Streckenstilllegungen bei der Deutschen Bahn AG. Zwischen der DPoIG und Staatsminister **Klaus Hardraht** sowie Staatssekretär **Hartmut Uibrich** fanden Gespräche statt. Behandelt wurden u.a. die Themen Lage im Polizeidienst, AG Präsenz und Probleme der Autobahnreviere.

Der Landesvorstand des SBB bereitete die Teilnahme am Tag der Sachsen in Plauen vor. Darüber hinaus behandelte er ein Strategie- und Strukturkonzept des SBB, bereitete die Tarifverhandlungen 1998 vor und wertete erste Ergebnisse der Personalratswahlen 1997 aus. Zwischen der M.A.S.-Service Dresden und dem SBB wurde ein neuer Fördervertrag abgeschlossen.



Der Vorsitzende der Vereinigung der Prüfungsbeamten des Sächsischen Rechnungshofs, **Karl-Heinz Ligotzki**, führte ein Spitzengespräch mit dem Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofs, **Dr. Hans-Günther Koehn**. Themen waren u.a. Beurteilungsrichtlinien, Leistungsstufen, Leistungsprämien und Leistungszulagen. Auf dem 3. Verbandstag wurde **Friedrich Krämer** erneut zum Landesvorsitzenden des BSBD gewählt.

Zwischen dem Landesvorsitzenden der F.D.P. in Sachsen, **Prof. Dr. Rainer Ortleb** und dem SBB gab es ein Gespräch. **Ortleb** bekannte sich zum Berufsbeamtentum und forderte, die Motivation der Mitarbeiter zu stärken. Die Landesgeschäftsführerin des SBB, **Petra Uhlig**, und der stv. Landesvorsitzende **Uwe Hehr** führten Gespräche mit **Peter Brosch** vom Verband der Straßenwärter im Freistaat Sachsen. Dabei ging es um Fragen der Zusammenarbeit, um Privatisierungstendenzen usw.

Der BRH nahm am Deutschen Seniorentag in Dresden teil. Dieser fand erstmals in einem neuen Bundesland statt. Für den BRH nahmen der Bundesvorsitzende, **Heinz Werhahn**, und die Sächsische Landesvorsitzende, **Ilse Zogbaum**, teil.

Der Landesvorsitzende des SBB, **Dr. Gerd Drechsler**, **Ingrid Schwaar**, SLV und **Albrecht Günther**, VBE, legten die Vorstellungen zu einer Verantwortungsgemeinschaft Schule vor. Der Stand des SBB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zum 6. Tag der Sachsen in Plauen war gut besucht. Der BTE mit seiner Landesvorsitzenden **Pia Kathner**

nahm kostenlose Wägungen vor. SLV, VBE und DPoIG verteilten in reichlichem Maße Werbeartikel.

Die Tarifkommission präzisierte die Forderungen des SBB zur Tarifrunde 1998. Der Schulleiterverband führte seine Herbsttagung durch. Die Vorsitzende, **Kerstin Daniel**, konnte Herrn **Seidel** von der Landtagsfraktion der CDU und Herrn **Dr. Winkler** vom SMK begrüßen. Themen waren Schule 2000, Wissenslücken in Mathematik, Deutsch und der ersten Fremdsprache.

Wiederum unzählige Gäste besuchten den Parlamentarischen Abend des SBB. Um nur einige zu nennen: **Volker Bandmann**, MdL, CDU, **Hans-Ullrich Herzberg**, Landespolizeipräsident, **Volker Schimpff**, MdL, CDU, und Horst Berberich, Präsident des Landesvermessungsamtes Sachsen. (siehe Foto)



Herzlich begrüßt wurde durch den Landesvorsitzenden, Dr. Gerd Drechsler, der Polizeipräsident des Freistaates Sachsen, Hans-Ullrich Herzberg (re.)

■ Wahlauf Ruf des SBB zu den Personalratswahlen 1997

Personalratswahlen entscheiden über die Zusammensetzung der Interessenvertretung der Beschäftigten. Jetzt werden wichtige Entscheidungen getroffen, die für den dienstlichen Alltag, vor allem aber für die persönliche berufliche Entwicklung, von großer Bedeutung sind. Die jetzt zu wählenden Personalratsmitglieder sind nach dem Sächsischen Personalvertretungsgesetz an einer Vielzahl von Maßnahmen der Dienststelle beteiligt. Durch eigene Initiativen können sie die personelle, soziale und organisatorische Situation in der jeweiligen Dienststelle zugunsten der Beschäftigten mitgestalten. Die Nutzung dieser Möglichkeiten durch tatkräftige Personalratsmitglieder ist gerade im Hinblick

auf die zum Teil bereits in Angriff genommene Reform der öffentlichen Verwaltung wichtiger denn je.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass sich möglichst viele Beschäftigte an den Personalratswahlen beteiligen. Nur dann nämlich erhält der Personalrat das notwendige Gewicht, um in Verhandlungen mit der Dienststelle bestehen zu können.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften des SBB werden kontinuierlich, sachlich und praxisnah geschult. Sie können auf die Unterstützung ihrer Mitgliedsgewerkschaft und des Sächsischen Beamtenbundes als Spitzenorganisation bauen. Sie stehen Ihnen in den Dienststellen jederzeit als kompetente und verlässliche Ansprechpartner zur Verfügung.

Überlassen Sie nichts dem Zufall, nehmen Sie Einfluss auf die Zusammensetzung Ihrer Interessenvertretung und somit auf die personellen, sozialen und organisatorischen Bedingungen in Ihrer Dienststelle. Beteiligen Sie sich an der Wahl. Entscheiden Sie sich für engagierte, sachliche und sachverständige Personalratsarbeit – wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften des SBB!

■ Deutsche Seniorentage 1997 in Dresden

Tage bundesweiter Begegnung

Einen Höhepunkt in seiner Tätigkeit des Jahres 1997 bildete auch für den Landesverband Sachsen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen e.V. (BRH) im DBB der Deutsche Seniorentag, der in diesem Jahre erstmals in einem neuen Bundesland stattfand. Vom 9. bis 11. Juni hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. nach Dresden eingeladen. Unter vielen Tausend Teilnehmern aus allen Teilen der Bundesrepublik waren auch Bundespräsident Roman Herzog, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, und die Bundesministerin für Jugend, Familie und Senioren, Claudia Nolte, erschienen. Der BRH-Landesverband Sachsen – als Interessenvertretung der Rentner aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes und ihrer Angehörigen – stellte sich mit einem Informationsstand und einer Kleinausstellung den Besuchern vor.

Hier wurden die Ziele des Landesverbandes und seine Gliederung in 45 Orts-, Kreis- und Interessenverbände, der kürzliche Besuch des Bundesvorsitzenden in Dresden und das konkrete Serviceangebot für die Mitglieder ebenso gezeigt wie Bilder aus dem interessanten Verbandsleben. Zahlreiche Mitglieder dieses Landesverbandes nahmen auch an Foren und Workshops teil, so zur Sicherung der Lebensverhältnisse älterer BürgerInnen, zum Miteinander der Generationen und zur Berücksichtigung der Senioren in den Medien.

Großer Andrang herrschte am Stand des BRH-Landesverbandes Sachsen – als Interessenvertretung der Rentner aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes und ihrer Angehörigen.



Rückblick auf das Jahr 1998

■ Parlamentarischer Abend des SBB

Zum Parlamentarischen Abend des Sächsischen Beamtenbundes, der seit langem zu einer festen Tradition als bewährte Diskussions- und Gesprächsrunde zwischen Gewerkschaftlern und Parlamentariern geworden ist, begrüßte der SBB-Vorsitzende Dr. Gerd Drechsler zahlreiche Gäste aus dem Deutschen Bundestag und dem Sächsischen Landtag, Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung und Vertreter aus Politik, Verwaltung, kommunalen Spitzenverbänden öffentlicher Einrichtungen und Ämter.

Drechsler appellierte in seiner Eröffnungsansprache an die Parlamentarier, den öffentlichen Dienst als tragende Säule der Gesellschaft nicht unterzubewerten: „Überdenken Sie Ihr Verhältnis zum öffentlichen Dienst, prüfen Sie kritisch die Zukunftsorientierung Ihrer heutigen Entscheidung, gehen Sie ab von zum Teil ideologisch motivierten Vorbehalten gegenüber dem Berufsbeamtentum!“



Jan Prignitz mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Volker Bandmann



Ein vielgefragter Gast beim Parlamentarischen Abend war der Sächsische Kultusminister Mathias Röbler, hier in lockerer Runde mit Vertretern der Lehrerverbände im Sächsischen Beamtenbund: Ingrid Schwaar, Vorsitzende des Sächsischen Lehrerverbandes e.V., Albrecht Günther, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen und Gudrun Schreiner, Philologenverband Sachsen e.V. (v.l.n.r.)



Herzlich begrüßt wurden die Vertreter des Sächsischen Städte- und Gemeindetages e. V.

Hier v.l.n.r.: Reiner Israel, stellv. Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages e. V.; Petra Uhlig, Geschäftsführerin des SBB; Maritha Dittmer, Geschäftsführerin des Sächsischen Städte- und Gemeindetages e. V.; Dr. Gerd Drechsler, Landesvorsitzender des SBB.

DBB-Chef Erhard Geyer verdeutlichte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit für den öffentlichen Dienst, sich neuen Herausforderungen zu stellen: „Es ist eine schwierige Zeit, in der die Politik und der öffentliche Dienst an neuen Aufgaben arbeiten, und zwar mit Blick auf die Gestaltung einer Welt, von der noch niemand so genau weiß, wie deren Konturen aussehen. Wir können diesen Herausforderungen, die auch und besonders Chancen sind, nur gerecht werden, wenn wir sie annehmen und zwar im Kontext gemeinsamer Anstrengungen und Verpflichtungen.“

Der SBB-Landesvorstand bewertete das zahlreiche Erscheinen zum Parlamentarischen Abend als Ausdruck der Verbundenheit mit der Gewerkschaft und als Wertschätzung der Bemühungen im SBB, Lösung für Probleme und Fragen des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen anzubieten. Insbesondere mit Blick auf das 21. Jahrhundert:

„Wir nehmen uns nicht aus der Pflicht, wir wollen mitgestaltend Verantwortung übernehmen, wenn es gilt:

- die Reform des Dienstrechts in Sachsen durchzuführen
- den öffentlichen Dienst in Arbeitsweise, Effizienz und Ausrichtung mit den Aufgaben der Zeit zu entwickeln und
- den Staat und die Kommunen noch stärker in ihren dienstleistenden Potenzen zu gestalten.“

■ SLV und VBE schließen Kooperationsvertrag

Am 15. Oktober 1998 unterzeichneten der Sächsische Lehrerverband (SLV) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Sachsen, einen Kooperationsvertrag. Seit längerer Zeit gibt es freundschaftliche Kontakte zwischen beiden Verbänden und gemeinsame Veranstaltungen, so dass der Abschluss des Kooperationsvertrages logische Konsequenz aus langjähriger Zusammenarbeit ist. Ziel des Vertrages ist es, Kräfte zu bündeln und durch enge Zusammenarbeit den gemeinsamen bildungs- und berufspolitischen Forderungen in Sachsen mehr Nachdruck zu verleihen, denn ein starker Lehrerverband hat

mehr Möglichkeiten, auf die Bildungspolitik des Landes Einfluss zu nehmen und die Interessen seiner Mitglieder gegenüber dem Dienstherrn durchzusetzen.

Erklärte Forderungen beider Verbände sind:

- Sächsische Lehrer müssen gerecht eingruppiert werden.
- Vorschläge für Stufenpläne zur Angleichung der Gehälter auf 100 Prozent müssen in absehbarer Zeit verwirklicht werden.
- Eine Verbeamtung der Lehrer muss auch in Sachsen erfolgen.
- Auf zurückgehende Schülerzahlen darf die Regierung nicht nur mit Teilzeit reagieren. Der Lehrer- und Erzieherüberhang muss genutzt werden, um Lehr- und Lernbedingungen zu verbessern. Das bedeutet u. a. eine Reduzierung des Regelstundenmaßes, kleinere Klassen, den Erhalt kleiner Schulstandorte sowie bessere Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.
- Der Altersteilzeittarifvertrag muss in Sachsen für Lehrer aller Schularten und auch für Teilzeitbeschäftigte umgesetzt werden.
- Die frei werdenden Stellen sollen genutzt werden, um jungen Kollegen den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Der Kooperationsvertrag sieht vor, dass der Sächsische Lehrerverband und der Verband Bildung und Erziehung auf Landes-, Fachverbands-, Referats- und Kreisebene eng zusammenarbeiten und gemeinsame Veranstaltungen durchführen. Auch werden beide zur Personalratswahl 1999 mit einer gemeinsamen Liste antreten. Außerdem sollen Gesprächstermine in den Ministerien und im Landtag gemeinsam wahrgenommen werden und koordinierte Veröffentlichungen in der Presse erscheinen.

■ Spitzengespräch im Kultusministerium

Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtensyndikats (SBB), Dr. Gerd Drechsler, und die Vorsitzenden der im SBB organisierten Lehrerverbände haben mit dem Kultusminister über eine Reihe bildungs- und personalpolitischer Probleme gesprochen.

Der Landesvorsitzende des SBB mahnte nochmals an, dass angesichts neuer bundesrechtlicher Rahmengesetze und angesichts der Bemü-



SBB und seine Lehrerverbände beim Spitzengespräch mit dem Kultusminister Sachsens.

hungen, das Dienstrechtsreformgesetz auf Landesebene umzusetzen und durch die Verbeamtungen Steuergelder zu sparen, die bisher ablehnende Auffassung der Verbeamtungen der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer zu korrigieren.

Dr. Rößler räumte ein, dass ein weiteres Nachdenken nicht ausgeschlossen ist und eine intensive Diskussion über die Funktionsstellen im Hause des Kultusministeriums geführt werden soll. Der Minister sicherte zu, dass es im Lehrerbereich eine Zwangsteilzeit i. S. der Einstellungszeit nicht geben wird.



Ein symbolischer Händedruck von Ingrid Schwaar, Vorsitzende des Sächsischen Lehrerverbandes e. V.; Dr. Gerd Drechsler, Landesvorsitzender des Sächsischen Beamtensyndikats und Albrecht Günther, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen, bekräftigte den Kooperationsvertrag zwischen VBE und SLV.

Auf Drängen des SBB wurde zugesagt, den Prozess der Verbeamtung der Schulleiter und deren Stellvertreter sowie die Direkteingruppierung dieser Kollegen intensiv weiter zu betreiben. Wobei durch den SBB sehr kritisch bewertet wird, dass Schulleiter und Stellvertreter, deren Schulen in künftigen Netzplanungen nicht mehr auftauchen, nicht verbeamtet werden sollen. „Hier liegt ganz offensichtlich eine Ungleichbehandlung vor, die einer Abhilfe bedarf“, so der Chef des SBB.

■ SBB auf Europa-Kurs

Die Landesleitung des SBB hat Mitte Mai 1998 an einem Seminar zur Europa-Politik teilgenommen. Im Seminarhaus Froberg bei Meißen wurde an drei Tagen intensiv über die Thematik „Die Europäische Union auf dem Weg ins dritte Jahrtausend“ diskutiert.

Schwerpunkte waren:

- Die Verankerung der Gewerkschaften im vereinten Europa.
- Die Bundesrepublik Deutschland – „Zahlmeister“ der Union?
- Auswirkungen der Europäischen Union auf Strukturen und regional politische Fragen

Rückblick auf das Jahr 1999

■ CDA-Landestagung des Landesverbandes Sachsen: SBB-Chef mahnt Verbeamtung an

Dr. Gerd Drechsler konstatierte, dass insbesondere in Sachsen eine breite „Front“ gegen den öffentlichen Dienst aufgebaut wird, die von der Politik in Teilen mitzuverantworten ist: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass man im öffentlichen Dienst ein neues Feindbild aufzubauen versucht, um von den eigentlichen Problemen abzulenken“.

Die eigentlichen Aufgaben, zu denen alle Kräfte der Politik, der Gewerkschaften und der Wirtschaft gebündelt werden müssten, seien die Schaffung von Ausbildungs- und Berufsperspektiven für Jugendliche, die Entwicklung eines innovations- und investitionsfreundlichen Umfeldes für Unternehmer und die unverzichtbare Angleichung des sozialen Verhältnisses Ost an West.

Nachdrücklich mahnte der Landesvorsitzende die Politik in Sachsen an, die Verweigerungshaltung gegenüber der Verbeamtung aufzugeben.

Außerdem werde es langsam zum Allgemeingut: Ein Beamter sei für den Staat und damit auch für den Steuerzahler sowohl in seiner aktiven Dienstzeit als auch auf seine Lebenszeit hin gerechnet kostengünstiger.

■ Der Mensch im Mittelpunkt

Sie hören sich recht freundlich an, die Slogans aus den Leitbildern von Polizei und Verwaltung. Da von der freien Wirtschaft übernommen, muss es sich dabei ja auch um etwas Positives handeln. Für die Beschäftigten wird dabei mehr und mehr zur zentralen Frage, für wen diese Leitbilder eigentlich gelten. Dass es Probleme im Zusammenwirken zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern gibt, es Defizite im Führungsgeschäft geben kann, ist nicht neu.

Sehr oft vergessen wir aber, dass die Rahmenbedingungen für Führung und für Menschenführung, zu großen Teilen auf gesetzlicher und somit rechtlicher Grundlage basieren, d. h. der Gesetzgeber auch die Grundlage für ein leitbildorientiertes Miteinander in der Polizei setzt.

Hier haben sehr wohl Führungskräfte Möglichkeiten, um die Arbeitslast zu reduzieren, um leistbare Aufgabenbereiche zu bilden. Ganz zu schweigen von einer Vielzahl nicht monetärer Maßnahmen, die zur Schaffung eines guten Betriebsklimas beitragen.

Humanität besteht darin, daß niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird.
(Albert Schweitzer)

Hoffen wir, dass es uns Gewerkschaftlern gelingt, der Politik aufzuzeigen, wie sie ein leitbildorientiertes Miteinander positiv beeinflussen kann.

■ Diskussion um Beförderungen in Sachsen

Seit Anfang der Streitigkeiten um die Reform des Dienstrechtes kursieren in Kommissionen und Dokumenten die Begriffe „Motivierung der öffentlich Bediensteten“, „Steigerung der Leistungsbereitschaft

der Beamten“ und „Effizienzerhöhung“. Dies soll alles ohne finanzielle Auswirkung auf die Haushalte bleiben. Zumindest sollen die Bediensteten nach guter alter DDR-Manier (Erinnerungen an die „Schwedter Initiative“ tauchen auf – „Weniger produzieren mehr“) ihre Mehrleistungen nicht honoriert bekommen. Die Umsetzung der Leistungszulagen- und Prämienverordnung zeigt zumindest bis heute keinerlei Spuren.

Es ist relativ einfach Menschen zu motivieren, indem man erreichbare Ziele absteckt und eine Zielprämie definiert. So sind nach unserer Auffassung Beförderungen und Aufstiegsmöglichkeiten Stimulanzien, die zudem zu einem gesunden Wettbewerb führen.

Diese Motivationsmittel werden von sächsischen Dienstherrn kaum genutzt, oder es finden teilweise willkürliche Auswahlkriterien für zu Befördernde Anwendung. Der Sächsische Beamtenbund fordert daher mehr Transparenz bei Beförderungen unter Ausnutzung der haushalts- und beamtenrechtlichen Regelungen, mehr Aufstiegsmöglichkeiten im Freistaat Sachsen.

Zahlreiche Anfragen und Rechtsfragen, auch von Personalverwaltungen, haben uns ein Informationsdefizit angezeigt. Daher haben wir den „Ratgeber Beförderung/Aufstieg“ erarbeitet.

■ SBB für eine moderne Schule

Im Forum „Schulische Infrastruktur – Bildungsökonomie – Qualitätsentwicklung und Ökonomie“ des Bildungskongresses „Sachsen macht Schule“ erläuterte der SBB-Vorsitzende Dr. Gerd Drechsler Positionen des Sächsischen Beamtenbundes zu den Bereichen Schule und Bildung:

Der Sächsische Beamtenbund unterstützt den Standpunkt des Sächsischen Kulturministeriums, wenn Infrastrukturelles der Schule unmittelbar gekoppelt und zusammengeführt wird mit der Diskussion um die Entwicklung von Qualität der Schule und damit letztlich um die Entwicklung von Qualität von Bildung und Erziehung.

Es wäre falsch und verhängnisvoll, infrastrukturelle Fragen allein unter dem Gesichtspunkt von Kennziffern, Wegstrecken, Schülerzahlen oder Klassenfrequenzen zu betrachten. Wer über schulische Infrastruktur redet, diskutiert über Wissensqualifikation, sinnstiftende Potenzen von Schule, Motivation, Identifikation und Standortvorteilen.

Deshalb ist es eine unverzichtbare Notwendigkeit, dass der Freistaat Sachsen und die Kommunen als Schulträger sehr eng zusammenwirken und die Entscheidungen über Schulstandorte stets als Einzelfall prüfen. Schule geht demzufolge weit hinaus über rein ökonomische Kennziffern.

Prüft man heute Schule und Unterricht auch unter infrastrukturellen Gesichtspunkten, so ist es weniger notwendig, sich über eine „äußere Reform“ im Sinne einer Standortverteilung Gedanken zu machen, als vielmehr die innere und inhaltliche Reform der Schule voranzutreiben.

Relevantes, nachhaltiges und solides Lernen erfordert moderne Lehre an guten Schulen mit motivierten Lehrern. Gut ausgebildetes Personal mit nutzbaren Freiräumen ist das beste Kapital unseres Bildungssystems. Die materiellen und ideellen Rahmenbedingungen müssen stimmen, um diese Ziele zu erreichen.

■ Jugendvertretung gegründet

Am 20. März 1999 fand in Chemnitz die Gründungsveranstaltung der DBB-Jugend Sachsen statt. Seitens der SBB-Landesleitung nahmen Waldemar Böhmer und Joachim Rothe teil. Im Verlauf dieser Veranstaltung wurden die anwesenden Delegierten und Gäste durch die bisher kommissarisch agierende Landesjugendleitung über die bisherigen Aktivitäten hinsichtlich des Aufbaus einer funktionierenden Jugendarbeit in Sachsen informiert.



René Kaiser – neu gewählter Vorsitzender der DBB-Jugend Sachsen

Unter Zugrundelegung der Wahlordnung, die sich an der Wahlordnung der SBB orientiert, wurden in zwei Wahlgängen die Landesleitung der SBB-Jugend gewählt. Gewählt wurden als Vorsitzender René Kaiser (DSTG), als Stellvertreter Annette Grimmer (BSBD), Mario Edelman (GDL) und Uwe Georgie (GDL). Die Vertreter der Landesleitung sicherten der SBB-Jugend, insbesondere der gewählten Landesjugendleitung, die volle Unterstützung der gesamten Landesleitung des SBB zu. Der Vorsitzende der SBB-Jugend dankte im Namen der Landesjugendleitung allen, die durch ihr persönliches Engagement überhaupt erst zum Entstehen und Gelingen der Gründungsveranstaltung beigetragen haben und forderte alle zur aktiven Mitarbeit auf, wobei der Bezug zur Basis keinesfalls verloren gehen dürfte.



■ Parlamentarischer Abend des Sächsischen Beamtenbundes

Der alljährlich in Dresden stattfindende Parlamentarische Abend ist zu einer festen Tradition im Veranstaltungskalender des SBB geworden. Auch in diesem Jahr waren zahlreiche Mitglieder der Landesregierung, Vertreter der Kommunen und öffentlicher Einrichtungen sowie aus Politik und Gewerkschaften ins Dorint-Hotel Dresden gekommen, um aktuelle gewerkschaftspolitische Themen zu diskutieren.



Mitglieder der SBB-Landesleitung begrüßten gemeinsam mit dem „Hofnarren Frölich“ die Gäste des Parlamentarischen Abends 1999 (v.l.n.r.): Dr. Gerd Drechsler, Landesvorsitzender; Joachim Rothe, stellvertretender Landesvorsitzender; Petra Uhlig, Geschäftsführerin; Hofnarr Frölich sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Frank Conrad und Dieter Köhler.

Der SBB-Vorsitzende Dr. Gerd Drechsler wertete das zahlreiche Erscheinen der Gäste in seiner Begrüßungsansprache als Würdigung der Arbeit des SBB und unterstrich den guten Willen, die Zukunft des Freistaates gemeinsam mit Politikern und Dienstherren zu gestalten.

„Wir als Sächsischer Beamtenbund wollen Veränderung und treten für den Beamtenstatus ein, und zwar auch für Lehrer und Kommunalangestellte. Der SBB will Führungskräfte mit Visionen, Verantwortungsbewusstsein und Überzeugungskraft; Führungspersönlichkeiten, die die Menschen motivieren können. Der öffentliche Dienst steht vor riesigen Herausforderungen – machen wir uns fit, um diesen Herausforderungen begegnen zu können.“

■ Kommunalkonferenz des Sächsischen Beamtenbundes

Am 16. Juni 1999 führte der Sächsische Beamtenbund eine vielbeachtete Konferenz zum Thema „Sächsische Kommunalverwaltungen im 21. Jahrhundert – Perspektiven und Risiken“ durch. In der Diskussion um die Lösung von Problemen des öffentlichen Dienstes in Sachsen hat der SBB seine hohe Professionalität und Fachkompetenz unter Beweis gestellt.

Gemeinsam mit den Vertretern der Fraktionen des Sächsischen Landtages, dem Innenminister und den beiden kommunalen Spitzenverbänden wurden Chancen und Probleme des nächsten Jahrtausends diskutiert und Wege aufgezeigt, um die Effektivität und die Wirtschaftlichkeit kommunalen Verwaltungshandelns so zu gestalten, dass gesellschaftlicher Fortschritt befördert werden kann.



Dr. Fritz Hähle, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages, Dr. Gerd Drechsler, Landesvorsitzender des SBB, Klaus Hardraht, Staatsminister des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, und Maritha Dittmer, Geschäftsführerin des Sächsischen Städte- und Gemeindetages (v.l.) diskutieren auf der Kommunalkonferenz des SBB zukünftige Chancen und Probleme der Verwaltungen.

Der Landesvorsitzende forderte, es sei notwendig, den Menschen aktiv in die Umgestaltungsprozesse einzubeziehen: „Wir als SBB haben Interesse an einer breit gefächerten Diskussion über die Modernisierung der Verwaltungen. Chancen, aber auch Risiken müssen den Bürgerinnen und Bürgern bewusst gemacht werden“, so Drechsler. „Eine Verwaltungsreform darf nicht nur aus Stellenabbau bestehen, sonst verkümmert sie zum Sparmodell. Kontinuierliche Bürgernähe und bezahlbare Dienstleistungen für die Menschen im Freistaat sind ohne Investitionen in die Zukunft undenkbar.“

„Nur durch konstruktive Zusammenarbeit der Sozialpartner ist der schwierige Weg des öffentlichen Dienstes in das 21. Jahrhundert positiv gestaltbar. Verantwortung und Augenmaß fordern wir als Sächsischer Beamtenbund von allen Beteiligten.“

■ Spitzengespräch mit Klaus Hardraht

In einem Gespräch mit dem Sächsischen Innenminister Klaus Hardraht hat der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes Gerd Drechsler die zügige Umsetzung der im Dienstrechtsreformgesetz enthaltenen Elemente für die Zahlungen von Leistungszulagen angemahnt.

Die Zahlung von Leistungszulagen und die Möglichkeiten vorzeitiger Höherstufungen, die im Freistaat nach der Novelle des Dienstrechtsreformgesetzes umgesetzt werden können, werden nach wie vor sehr restriktiv angewandt. „Dies“, so der SBB-Chef, „ist weder nachvollziehbar noch akzeptabel“.

■ Zehn Jahre Fall der Mauer – Rückblick und Auschau

Der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes sprach auf dem Gewerkschaftstreffen in Potsdam zur Vollendung der inneren Einheit. Auszüge aus seiner Rede sind im folgenden abgedruckt.

„Ist, so die nachdrückliche Frage an uns alle, zusammengewachsen in Ost oder West, was zusammengehört?“

„Fakt ist: Die Euphorie über die Einheit hat sich gelegt, die Historisierung der Revolution hat voll eingesetzt und die Zeitgeschichtsschreibung hat die Revolution und die Herstellung der deutschen Einheit erfasst. Einerseits steigen wir nunmehr in die Ebenen der Mühen. Wir

müssen ernsthaft und konkret gestaltend, aufbauend, entwickelnd und verändernd wirken und Verantwortung übernehmen, und zwar ziel- und ergebnisbezogen.“

Andererseits haben wir damit eine reelle Chance, den Grad der Bewusstheit über das zu erhöhen, was in diesen Tagen der Jahre 1989/1990 und später wirklich passiert ist bzw. bewusst ausgelassen wurde. Schauen wir auf das, was es zu tun und zu gestalten gilt. Gesellschaftliche Spannungen nehmen zu, die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer, Rücksichtslosigkeit greift um sich, das Gemeinschaftsgefühl wird geringer, das ‚Schwarzsehen‘ hat Konjunktur. Vor zehn Jahren fiel die Mauer aus Stein, der Abbau der Mauer im Kopf nimmt sicherlich einen wesentlich längeren Zeitraum in Anspruch. Die nach wie vor innere Trennung bedarf eines grundsätzlich anderen Herangehens, dass ich mit dem aufklärerisch-optimistischen Möglichkeitssinn von Georg-Friedrich Lichtenberg umschreiben will: ‚Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, aber so viel kann ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll.“

„Es drängt sich logischerweise die Frage auf, was anders werden muss, damit unser Vorhaben gut wird – nämlich die Gestaltung der Einheit Deutschlands als eine tiefgreifende Kulturrevolution, die eben nicht nur die politische und rechtliche oder ökonomische Einigung umfasst, sondern eben auch eine mentale, eine ganz persönliche.“

Wir sagen von dieser Stelle klar, deutlich und unmissverständlich, was wir von der Politik respektive von den Politikern erwarten, und zwar sehr bald:

Wir fordern, den weiteren Einigungsprozess von denen her zu denken und zu organisieren, die ‚unten‘ sind, damit sie nicht unten bleiben und von denen her zu denken, die nach wie vor hüben wie drüben sind, damit sie nicht hüben und drüben bleiben.

Wir fordern eine durchdachte, angemessene und behutsame Vereinigungspolitik mit dem Ziel, gleichermaßen die wirtschaftliche und soziale sowie die geistige und kulturelle Einigung zu gestalten. „Unser Ziel ist nicht eine total in Ordnung befindliche Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft, die abstellt auf Gleichbehandlung und Gleichstellung.“

Wir wollen als Ostdeutsche diese Gleichheit auch und besonders begreifen als Chancengleichheit. Zudem wollen wir aber auch materielle Gleichbehandlung als ebenbürtigen normativen Aspekt von Gleichheit.“

„Wir wollen gemeinsam mit Politikern darüber nachdenken, wie Demokratie geübt und gestaltet werden kann. Demokratie macht Mühe und ist der Mühe wert. Wer will, dass, wie Lichtenberg sagte, es im Anderswerden gut werden soll, muss mittun, mitwirken und mitgestalten.“

Ich meine, sie, die Gefährdung, ist zu bannen, sie ist abwendbar eben nur, wenn wir statt nur über uns zu reden, nur zu kritisieren, auch anpacken“.



Teilnehmer der Landesvorstandssitzung des SBB in Dresden

■ Frank Conrad neuer Vorsitzender des SBB

Am 6. November 1999 führte der Sächsische Beamtenbund seinen dritten Landesvertretertag in Dresden durch. Auf dem Programm stand neben tarif-, berufs- und beschäftigungspolitischen Weichenstellungen für die nächsten vier Jahre die Neuwahl der Landesleitung des SBB.

An der öffentlichen Veranstaltung nahmen zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung teil. Bei der Neuwahl der Landesleitung konnte sich Frank Conrad, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen (DPoIG) im DBB, mit überzeugender Mehrheit als neuer Vorsitzender des SBB durchsetzen.

Als Stellvertretende Vorsitzende wurden Thilo Paetz (Bund der Deutschen Zollbeamten BDZ), Dieter Köhler (Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft Sachsen DVG), Ingrid Schwaar (Sächsischer Lehrerverband SLV) und Uwe Hehr (KOMBA-Gewerkschaft Sachsen), Joachim Rothe (Deutsche Steuergewerkschaft DSTG) und Waldemar F. Böhmer (Gewerkschaft der Sozialversicherung GdS) gewählt. Alte und neue Landesgeschäftsführerin und damit ebenfalls Mitglied der Landesleitung ist Petra Uhlig.



Die neue Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes (v.l.): Joachim Rothe, Dieter Köhler, Petra Uhlig, SBB-Chef Frank Conrad, Ingrid Schwaar, Waldemar Böhmer, Thilo Paetz und Uwe Hehr.

Aufbauleistung ...

Frank Conrad dankte dem alten SBB-Chef Gerd Drechsler für seine geleistete Arbeit und versprach, dessen in den vergangenen vier Jahren eingeleiteten gewerkschaftspolitischen Prozessen und positiven Veränderungen kontinuierlich fortzusetzen.

Zu der gewonnenen Wahl konnte Frank Conrad zahlreiche Gratulanten begrüßen, darunter die Spitze der DBB-Bundesleitung mit dem Vorsitzenden Erhard Geyer und seinen Stellvertretern Peter Heesen und Ilse Schedl.

Auch Klaus Hardraht, Sächsischer Staatsminister des Innern, sowie die Vertreter der Landtagsfraktionen Volker Brandmann (CDU), Georg Hamburger (CDU), Margit Wehnert (SPD) und Dr. Michael Friedrich (PDS) ließen es sich nicht nehmen, dem neugewählten Vorsitzenden die besten Wünsche auszusprechen und ihm viel Erfolg bei der künftigen Arbeit zu wünschen.

■ Gespräche auf höchster Ebene

Seit dem Landesvertretertag am 6. November 1999 war der Sächsische Beamtenbund unter Vorsitz seines Landesvorsitzenden Frank Conrad im Gespräch mit zahlreichen Vertretern der Sächsischen Landesregierung und des Sächsischen Landtages.



Unter anderem begrüßte Frank Conrad am 10. Dezember 1999 den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Fritz Hähle und den CDU-Generalsekretär Frank Kupfer. Im Mittelpunkt des Gespräches standen Fragen der Zusammenarbeit sowie aktuell-politische Gewerkschaftsfragen.

Zu einem regen Gedankenaustausch kam es am 15. Dezember 1999 mit dem Chef der Sächsischen Staatskanzlei Dr. Thomas de Maizière. An dem Gespräch nahmen neben Frank Conrad die stellvertretenden Landesvorsitzenden Uwe Hehr und Waldemar Böhmer sowie die Landesgeschäftsführerin Petra Uhlig teil. Schwerpunkte des Treffens waren die bevorstehenden Tarifverhandlungen, Funktionalreformen und die Flexibilisierung des öffentlichen Dienstes.

Ebenfalls hoch schätzt der SBB das Gespräch mit dem Sächsischen Innenminister Klaus Hardraht ein. In offener und freundschaftlicher Atmosphäre haben sich beide Seiten am 17. Dezember 1999 zum Tarifgeschehen ausgesprochen. Ferner standen Fragen der inneren Sicherheit sowie der weiteren Zusammenarbeit im Mittelpunkt.



Am 21. Dezember 1999 kam es zu einer Begegnung des Sächsischen Beamtenbundes mit dem Wirtschaftsminister des Freistaates Sachsen. v.l.n.r.: Thilo Paetz, 1. stv. Landesvorsitzender der SBB; Frank Conrad, Landesvorsitzender des SBB; Dr. Kajo Schommer, Staatsminister des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, und Joachim Rothe, stv. Landesvorsitzender. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen ebenfalls die bevorstehenden Tarifverhandlungen, Fragen der Privatisierung sowie das Geschehen bei der Bahn.

Rückblick auf das Jahr 2000

Auftakt 2000 des Landesvorsitzenden des SBB Frank Conrad

Wir haben einen historischen Jahreswechsel hinter uns, den Einstieg in das Jahr 2000. In einer Zeit, die von Erfindungsreichtum von Politikern in Bund und Ländern geprägt ist, die dabei gewachsenen Strukturen des öffentlichen Dienstes auf allen Ebenen in Frage zu stellen und zu demontieren sowie das flächendeckende Leistungsangebot des Staates zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger zu zerstören, ist Umdenken angesagt.

Nach der Jahrtausendwende muss es höchste Priorität haben, die Glaubwürdigkeit und Kalkulierbarkeit der politischen Entscheidungen wieder herzustellen. Dass zu einer sinnvollen Reform des öffentlichen Dienstes Privatisierungen keine Allheilmittel sind, wird bei Bahn, Post, Polizei, Vermessungswesen und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes eindrucksvoll demonstriert. Dazu kommt der rapide Sparkurs des Freistaates Sachsen.

Die Bürgerinnen und Bürger und auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wissen um die schlechte Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden und sind bereit, ihren Sparbeitrag zu leisten. Sie erwarten aber im Gegenzug, dass nicht ständig neue Grausamkeiten durch die Politik auf den Weg gebracht werden, sondern dass diese Gesamtkonzeptionen vorlegt, die dem Bürger die Chance bieten, sich auf diese schwierige Zeit besser einzustellen.

Resignation und Unsicherheit machen sich breit. So ist es kein Wunder, dass die Jugend sich frustriert von der Politik abwendet, weil der Generationenvertrag allzusehr zu ihren Lasten zu gehen droht.

Die ältere Generation aber übt sich in Politikverdrossenheit, weil sie sich aufs Neue sorgen muss, dass ihre Altersversorgung – und das gilt gleichermaßen für Renten und Pensionen – ins Wanken gerät. Soziale Gerechtigkeit statt Flickschusterei lautet das Gebot der Stunde.

Bildung und Ausbildung

Die Qualifikation und das Standvermögen unserer Jugend wird in Zukunft darüber entscheiden, welchen Stellenwert der Wirtschaftsstandort Deutschland in unserer globalisierten Welt einnehmen wird.

Deshalb muss es ein zentrales Anliegen sein, in die wichtigste Ressource unserer Gesellschaft – die Jugend – zu investieren.

Heute und nicht erst morgen brauchen wir ein breiteres und besseres Bildungsangebot, für das nur eine an der Aufgabe orientierte Personalausstattung die Grundlage bilden kann. Die innere Sicherheit ist Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Rechtsstaat. Hochqualifizierte und bestens ausgebildete Beschäftigte im Bereich der Polizei und Justiz als Eckpfeiler unserer demokratischen Grundordnung sind unverzichtbarer Bestandteil zur Gewährleistung der inneren Sicherheit. Daran darf trotz Sparzwang der öffentlichen Hand nicht gerüttelt werden.

Nicht zuletzt hat Bundesinnenminister Otto Schily zum Auftakt der Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen nach zehn Jahren deutscher Einheit eine positive Zwischenbilanz zu der bisherigen Entwicklung des Einiigungsprozesses gezogen und appelliert, das bereits Erreichte als Ansporn auf dem weiteren Weg zur Vollendung der inneren Sicherheit zu nutzen. Allerdings ist der Sparkurs von Bundesinnenminister Schily zur Tarifentwicklung nicht mehr tragbar. Nach zehn Jahren deutscher Einheit kommt es mehr denn je darauf an, die Angleichung der Gehälter Ost an

West zu erreichen. Es geht uns nicht vorrangig um die Gutverdienenden im öffentlichen Dienst.

Nein, uns geht es vielmehr um die vielen kleinen Beschäftigten im mittleren und gehobenen Dienst bei Feuerwehr, Justiz, Polizei, Zoll, Gesundheitswesen, Lebensmittelüberwachung und vielen mehr, die im Tag- und Nachteinsatz für die Bevölkerung ihre Gesundheit riskieren und Leben aufs Spiel setzen. Die Frauen und Männer, Mütter und Väter, auch die Steuerzahler, dürfen nicht länger die „Sparschweine“ der Nation sein.

Unsere Forderung für das Jahr 2000 – für gleiche Arbeit in Ost und West gleicher Lohn.

Angleichung Ost: Ortszuschlag als Angleichungsinstrument?

In Gesprächen am 27. Januar und 9. Februar 2000 mit dem Sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und dem Sächsischen Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt hat der SBB seine Wünsche und Forderungen als Interessenvertretung der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst vorgetragen und diskutiert.



SBB-Chef Frank Conrad sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Waldemar F. Böhmer, Dieter Köhler, Thilo Paetz und Joachim Rothe trafen den Sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (dritter von links).



Der Sächsische Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt und der Abteilungsleiter Walter Woydera empfingen die SBB-Landesleitungsmitglieder Petra Uhlig, Thilo Paetz, Frank Conrad und Dieter Köhler (von links) im Finanzministerium.



100 % für alle – lautet die Forderung des Beamtenbundes

100 % für alle – zehn Jahre Warten sind genug! Über 10 000 Teilnehmer protestieren –

Machtvolle Protestkundgebung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der neuen Bundesländer in Dresden am 12. April 2000 vor dem Finanzministerium.

Die Fronten auf der begonnenen Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst haben sich verhärtet. Die Arbeitgeberseite lässt erkennen, dass sie nicht bereit ist, der Forderung nach Angleichung der Einkommen Ost an West nachzugeben.

Nach zehn Jahren deutscher Einheit muss Schluss sein mit der **Diskriminierung des Ostens – die Schmerzgrenze ist endgültig erreicht!**

Unsere Geduld und unser Verständnis für wirtschaftliche Zwänge sind aufgebraucht! Wir – die Arbeitnehmer, Beamten und Rentner – haben diese angebliche wirtschaftliche Misere nicht verursacht. Die Heuchelei über eine wirtschaftlich schlechte Lage ist offenbar – deutsche Unter-



Live dabei – der Landesvorsitzende des SBB, Frank Conrad.



Blick in den Demo-Zug. Selbst das schlechte Wetter hielt über 10 000 Demo-Teilnehmer nicht ab, ihre Forderung deutlich zu zeigen.

nehmen haben Umsätze wie nie zuvor. Es ist Schluss damit, die Ausreden der Politiker weiter zu akzeptieren.

Der Deutsche Beamtenbund hat in Dresden machtvoll gegen die politische Sturheit, gegen das Ausreizen politischer Willkür gegen die Bevölkerung, für eine wirkliche deutsche Einheit protestiert.

Auch der Sächsische Beamtenbund war dabei, ebenso zahlreiche Teilnehmer aus allen Bundesländern. Auch im Westen Deutschlands ist die Solidarität für die Forderungen der Menschen im Osten stark gewachsen. Die Menschen begreifen, dass die Experimente im Osten früher oder später auch den Westen einholen.

SBB erwartet zügige und volle Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten

Nach Gesprächen mit dem Sächsischen Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Georg Milbradt, und dem Sächsischen Staatsminister des Innern, Klaus Hardraht, erwartet der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes (SBB), Frank Conrad, eine zügige und volle Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf den Beamtenbereich.

Seitens des SBB steht die Forderung an die Sächsische Landesregierung und alle Bundestagsabgeordneten dafür einzutreten, dass das Tarifergebnis – wie von der Bayerischen Staatsregierung gewünscht – auch für alle aktiven und Ruhestandsbeamten umgesetzt wird. Conrad wies darauf hin, dass die Erhöhung der Beträge von Beamten und Versorgungsempfängern ohnehin gesetzlich um die Versorgungsrücklage gekürzt wird.



Die Landesleitung des SBB im Gespräch mit dem Finanzminister: Uwe Hehr, stv. Landesvorsitzender; Frank Conrad, Landesvorsitzender; Prof. Dr. Georg Milbradt, Staatsminister des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin; Ingrid Schwaar, stv. Landesvorsitzende; Joachim Rothe, stv. Landesvorsitzender (v.l.)

Für Gleichbehandlung

„Es kann und darf nicht passieren“, so der Chef des Sächsischen Beamtenbundes, „dass bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die verschiedenen Statusgruppen ungleiche Maßstäbe bei der Erhöhung des Einkommens angelegt werden.“

Eine volle Übernahme des Tarifabschlusses auch für Beamte sei darüber hinaus unumgänglich, da in der Vergangenheit die Beamtensoldung der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst hinterher gelaufen sei. Die Beamten haben bereits Besoldungskürzungen durch verzögerte Anpassungen und andere Maßnahmen in Milliardenhöhe hinnehmen müssen.



SBB tagt in der Landesvertretung des Freistaates Sachsen in Berlin

Die Landesleitung des SBB führte ihre erweiterte Landesleitungssitzung in der Landesvertretung Sachsen durch: Petra Bischoff, Mitarbeiterin; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin; Frank Conrad, Landesvorsitzender; Thilo Paetz, stv. Landesvorsitzender; Fred J. Heidemann, Vertreter des Bevollmächtigten für Bundesangelegenheiten des Freistaates Sachsen und Dienststellenleiter; Ingrid Schwaar; Joachim Rothe; Waldemar Böhmer; Uwe Hehr, alle stv. Landesvorsitzende (v.l.).

Auch wenn die Tarif- und Besoldungsrunde erhebliche Anstrengungen bei der Gestaltung des Landeshaushaltes verursachen könnte, warnt der SBB davor, den Personalbestand noch weiter abzubauen.

Solche Maßnahmen wären nach Ansicht des SBB nicht nur kontraproduktiv für die Beschäftigungsoffensive der Landesregierung, sondern würden darüber hinaus auch nicht die Motivation, die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stärken. Wenn trotzdem Stellenreduzierungen erfolgen sollten, dann müssen sie sozialverträglich gestaltet werden.



Frank Conrad, Landesvorsitzender; Constanze Krehl, Landesvorsitzende der SPD Sachsen; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin; Waldemar Böhmer; Ingrid Schwaar, beide stv. Landesvorsitzende (v.l.).

Spitzengespräche in der Geschäftsstelle des Sächsischen Beamtenbundes

Zu einem Spitzengespräch kam es im August zwischen dem Landesvorstand des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) und der Vorsitzenden der SPD Sachsen und Europaabgeordneten,

Constanze Krehl, in der Geschäftsstelle des SBB. In einem in herzlicher Atmosphäre geführten Gespräch wurden Fragen der Zusammenarbeit erörtert, aber auch Themen angesprochen wie:

- Rentenproblematik
- Besoldungsanpassung
- Beamtenstatus.

Zu weiteren herzlichen Gesprächen kam es in der Geschäftsstelle des SBB mit dem Sächsischen Innenminister, Klaus Hardraht, und Mitte August mit dem Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, Hartmut Ulbricht.



Frank Conrad, Landesvorsitzender; Dieter Köhler, stv. Landesvorsitzender; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin; Klaus Hardraht, Staatsminister des Sächsischen Staatsministeriums des Innern; Joachim Rothe, stv. Landesvorsitzender (v.l.).



Frank Conrad, Landesvorsitzender; Hartmut Ulbricht, Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums des Innern; Dieter Köhler, stv. Landesvorsitzender; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin; Uwe Hehr, stv. Landesvorsitzender (v.l.).

Neue Technologien für eine neue Verwaltung

An der Veranstaltung der DBB-Akademie vom 8. bis 9. Juni 2000 in Leipzig nahm der Sächsische Beamtenbund mit großem Interesse teil. Die Erwartungen wurden nicht enttäuscht.

In Fachforen wie

- Ausbildung, Qualifizierung, Zertifizierung
- Haushalts- und Finanzmanagement
- IuK-Infrastrukturen
- Informations- und Wissensmanagement

wurden anhand verschiedener Lösungsbeispiele aus der Praxis nicht nur neue Technologien für eine neue Verwaltung entwickelt, sondern zugleich auch Perspektiven für Beschäftigte und Bürger aufgezeigt.

Besonders eindrucksvoll war der Besuch der zahlreichen Ausstellungsstände, wo Anwender und Spezialisten der Software-, Beratungs- und Trainingsanbieter ihre Leistungen präsentierten.



Herzlicher Kontakt des Chefs des Sächsischen Beamtenbundes, Frank Conrad, mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Reinhard Höppner.



Der Sächsische Innenminister Klaus Hardraht im Gespräch mit Frank Conrad, Landesvorsitzender des SBB und Gerhard Vogler, Bundesvorsitzender der DPoIG (r.).

Der Sächsische Beamtenbund hat neue Geschäftsstelle bezogen

Am 18. April 2000 hat das Sächsische Beamtenbund seine neue Geschäftsstelle in zentraler Lage Dresdens bezogen. Sie befindet sich in der



Die Kollegen fühlen sich wohl in ihrer neuen Geschäftsstelle. Im Bild v.l.: Frank Conrad, Landesvorsitzender; Petra Bischoff, Mitarbeiterin; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin.

Theresienstraße 15
01097 Dresden
Tel.: 0351 / 4716824/4716825
Fax: 0351 / 4716827
Internet: <http://www.sbb.dbb.de>
E-Mail: post@sbb.dbb.de

Feierliche Eröffnung der Geschäftsstelle des SBB

Zu der feierlichen Eröffnung der Geschäftsstelle des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) am 16. Juni 2000 kamen zahlreiche Gäste aus den Ministerien, Landtagsfraktionen und Partnereinrichtungen.

Der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes, Frank Conrad, präsentierte stolz die neuen Räume in zentraler Lage Dresdens: „Es ist geschafft. Jetzt ist das Werk vollendet. Die Idee, ursprünglich nur in unseren Köpfen, ist Wirklichkeit geworden. Und welch eine Wirklichkeit! Wenn ich die neu eröffneten Geschäftsräume heute sehe, kann ich kaum glauben, dass wir noch vor wenigen Monaten von so einer Geschäftslage träumten. Hier kommt es jetzt mehr denn je darauf an, noch dienstleistungsfreudiger für unsere Gewerkschafter in der Zukunft handeln zu können. Mit unseren 31 Bundes-, Fach- und Mitgliedsgewerkschaften ist hier ein zentraler Ansprechpunkt entstanden, der mehr denn je als Dienstleistungssektor gesehen werden soll.“

Abschließend bemerkte der Chef des SBB zur Konstruktion des Gebäudes:

„Die Materialien, die wir hier verwendet haben, vor allem Glas und Holz, drücken symbolisch aus, was wir uns von der Zukunft in diesem Gebäude erhoffen. Holz sichert die Einbindung in die Natur, in Wärme und Geborgenheit, und Glas sorgt für Transparenz und Durchblick. Raumaufteilung und Zuschnitt sind auf Kommunikation angelegt. Alle, die in diesem Gebäude arbeiten oder auch nur ein- und ausgehen werden, sollen sich rundum wohl fühlen.“

Neunter Tag der Sachsen von 1. bis 3. September 2000 in Zwickau



Ein Vorsitzender in einem viel zu kleinen Auto

Und wieder gegen den FC Landtag

Zum Auftakt des 9. Tag der Sachsen im westsächsischen Zwickau trat die Fußballmannschaft des Sächsischen Beamtenbundes gegen die „Halbprofis“ des FC Landtag an.

Das Spiel begann bereits mit einem Paukenschlag: Fallschirmspringer des Fallschirmsportvereins Rüwalders e.V. brachten den Spielball aus



luftiger Höhe auf den grünen Rasen und damit in den harten Fußballalltag.

Der SBB musste ohne seinen Stammtorwart antreten. Zudem wurde der erste Ersatztorwart schon in den ersten zehn Minuten durch eine Wespe am Hals verletzt. Trotz des Handicaps des fehlenden und Dank des Engagements des kurzfristig eingeflogenen zweiten Ersatzkeepers gelang es den Gewerkschaftskickern, den Parlamentariern ein leistungsgerechtes und alle zufrieden stellendes 6 : 6 Unentschieden abzutrotzen.

Zweifelloser Höhepunkt dabei war das Führungstor durch den Kapitän und Vorsitzenden des SBB, Frank Conrad.

Nach dem Spiel lud der SBB seine sportlichen Gegner zu einem kleinen Umtrunk in das Festzelt des SBB ein.

Marko Schiemann, Mannschaftsleiter des FC Landtag und MdL, gab mit seiner Einladung bereits einen Ausblick auf den zehnten Tag der Sachsen 2001 in Zittau. Für die Fußballer des SBB steht dann nur noch ein Sieg zur Debatte!

Der Sächsische Beamtenbund im Gespräch mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Peter Enders (MdB) am 7. März 2000 in Chemnitz

Im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen den stellvertretenden DBB-Vorsitzenden Peter Enders MdB (4.v.l.) und den Mitgliedern der SBB-Landesleitung Waldemar Böhmer, Uwe Hehr, Tilo Paetz, Dieter Köhler, Ingrid Schwaar (stv. SBB-Vorsitzende) sowie SBB-Chef Frank Conrad und Landesgeschäftsführerin Petra Uhlig standen die Situationen des öffentlichen Dienstes in Sachsen und die bevorstehende Tarifrunde. Besonders nahm SBB-Chef Frank Conrad zur Lage im kommunalen Bereich sowie zum Schulwesen Stellung.

Sächsischer Beamtenbund zum Tag der Einheit stark gefragt

Die Zahl der Dankesworte, Meinungen und kritischen Stimmen zur Einheit Deutschlands sind scheinbar endlos. Der Sächsische Beamtenbund kann sich hier einfach nur der Vielfalt der Meinungen anschließen. Der Vorsitzende des SBB, Frank Conrad, war aus Anlass der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit zu einem ökumenischen Gottesdienst in die Kreuzkirche zu Dresden eingeladen. Der SBB möchte bei dieser Gelegenheit auf eine Reihe von Sachsen hinweisen, deren besondere Bindung an diese Einheit in der allgemeinen Diskussion leicht vergessen wird, die Beamten – ohne die zahlreichen fleißigen Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst vernachlässigen zu wollen.

Am Stand des SBB:
Peter Hartmann,
BGV Sachsen; Ingrid
Schwaar, stv. Landes-
vorsitzende des SBB;
Mario Preiß, Vors. des
BGV Sachsen; Ewald
Walisch, Vors. der
DVG Sachsen; Dieter
Köhler, stv. Landes-
vorsitzender des SBB;
Harry Meinel, DPolG
(v.l.)



Regier Gedankenaustausch mit Minister Rolf Schwanitz

Am Vortag des 10. Jahrestages der Deutschen Einheit fand in der neuen Geschäftsstelle des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) in Dresden ein interessanter Gedankenaustausch mit dem Staatsminister im Kanzleramt und Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder, Rolf Schwanitz (MdB) statt. Seitens der Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes nahmen Frank Conrad, Landesvorsitzender; Ingrid Schwaar; Tilo Paetz, beide stellvertretende Landesvorsitzende; sowie Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin, teil.

Ohne die positive Entwicklung im öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern in Abrede stellen zu wollen, haben die Vertreter des SBB doch die aus ihrer Sicht kritischen Aspekte der zögerlichen Anpassung der Vergütung und Besoldung sowie der Verbeamtungspolitik im Lehrerbereich kritisch angesprochen. Gleichfalls wurden Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik, welche für Sachsen mit seiner ca. 560 km langen Europaaußengrenze langfristig zunehmend von Bedeutung wird, diskutiert. Aufgeschlossen und engagiert für die Menschen in den neuen Bundesländern ging der Staatsminister Rolf Schwanitz auf die dargelegten Fragen ein und erläuterte die Grundposition der Bundesregierung, den komplizierten Interessenausgleich zwischen Bundes- und Landespolitik, und seinen Standpunkt.

Da von beiden Seiten gewünscht, wurde die baldige Fortsetzung der Gespräche vereinbart.



In der Landesgeschäftsstelle Frank Conrad, Landesvorsitzender; Rolf Schwanitz (MdB), Staatsminister im Kanzleramt; Tilo Paetz, stv. Landesvorsitzender; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin (v.l.).

■ Forderungen des SBB zur Funktionalreform

Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes (SBB), Frank Conrad, hat sich nochmals zur anstehenden Funktionalreform geäußert, nachdem am 26. September 2000 der Vorstand des SBB folgende 4-Punkte-Resolution verabschiedet hat:

- ☞ Kein Abbau von Behörden zu Lasten der Bürger – Erhalt der Dienstleistungsfähigkeit!
- ☞ Sicherung einer aufgabengerechten Personalzuweisung!
- ☞ Keine Kündigungen – der Freistaat braucht nicht noch mehr Arbeitslose!
- ☞ Abbau der Flut von Rechtsvorschriften!

Die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zur Funktionalreform vom 4. Juli 2000 wird von der Landesregierung nunmehr in Angriff genommen. Nach vielen Verwirrungen, Deutungen und Meinungsäußerungen werden nunmehr die Absichten des Kabinetts deutlich.

■ Parlamentarischer Abend des Sächsischen Beamtenbundes

Der Parlamentarische Abend des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) stand in diesem Jahr voll im Zeichen des 10. Jahrestages der Deutschen Einheit. Über 150 Gäste aus den Ministerien, Fraktionen, dem Sächsischen Landtag, dem Bundestag sowie aus Kommunen und Partnereinrichtungen kamen am 6. November 2000 nach Dresden ins Dorint Ho-



Der Landesvorsitzende Frank Conrad (2.v.l.) begrüßt zusammen mit dem stv. Bundesvorsitzenden des DBB, Peter Heesen (re.), den Sächsischen Innenminister Klaus Hardraht, (2.v.re.) und den Staatssekretär und Amtschef des SMI Hartmut Ulbricht (li.).



Besonders freute sich der SBB über die Teilnahme der stv. Bundesvorsitzenden des DBB, Peter Heesen (2.v.l.) und Ilse Schedl (re.).

tel, um mit dem Sächsischen Beamtenbund gemeinsam diesen Festtag würdig zu begehen.

Rückblickend auf die vergangenen zehn Jahre schätzte der Landesvorsitzende des SBB Frank Conrad ein:
„Mit dem 3. Oktober 1990 wurde die langwährende Spaltung unseres Vaterlandes überwunden, die DDR aufgelöst und die Länder im östlichen Teil der Bundesrepublik wieder eingerichtet. Dies ist für die meisten Menschen ein Grund zur Freude und Dankbarkeit und zu Stolz. Denn wir haben selbst wichtigen Anteil daran, dass es zur Wiedervereinigung kam.“

Wenn wir heute auf das Erreichte stolz sein können und wir in den zurückliegenden Jahren nicht alle Ziele in Verwirklichung gesehen haben, so kommt es mehr denn je darauf an, den Aufbauwillen und die Solidarität untereinander noch weiter zu festigen. Als Chance und Herausforderung zugleich hat der SBB die mit dem gesellschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland verbundene Neubestimmung auch der gewerkschaftlichen Landschaft nicht nur begriffen, sondern auch genutzt. Der SBB hatte weder Vorläufer noch eine Geschichte, auf die er aufbauen konnte und hat sozusagen die gesamte demokratische Entwicklung selbst miterlebt. Heute ist der SBB stolz, wenn er mit seinen 58 000 Mitgliedern in 31 Fachgewerkschaften geachteter Spitzenverband für die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie für den privatisierten Bereich im Freistaat Sachsen Anerkennung gefunden hat. Der Sächsischer Beamtenbund wird auch die nächsten Jahre nutzen, um die Politik noch stärker in die Pflicht zu nehmen, Demokratie zu praktizieren, zu üben und zu gestalten.

Durch die Übernahme von Aufgaben, z. B. der staatlichen Umweltfachämter, und durch Integration von Behörden, z. B. der Gewerbeaufsicht, sollen Sonderbehörden abgeschafft und zugleich die Bündelungsbehörden, in diesem Fall die Regierungspräsidien, gestärkt werden.

Das heißt, zu den 1296 Beschäftigten der 3 Regierungspräsidien kommen 875 Mitarbeiter der Umweltfachämter und 274 Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht dazu. Ob allerdings die 3 Regierungspräsidien und deren Bezeichnung weiter Bestand haben, bleibt offen. Zugleich sieht der Kabinettsbeschluss umfassende Aufgabenregulierung und eine Aufgabenübertragung auf Landkreise und Städte vor. Von der Reduzierung von Aufgaben, der Verringerung der Flut der Vorschriften ist nicht viel zu spüren. Auch die Übertragung staatlicher Aufgaben und des notwendigen Personals an die Landkreise und Städte geht über eine Absichtserklärung nicht hinaus. Der SBB wartet hierzu ab, was das Kabinett im Oktober noch ergänzen wird.

■ Stellenabbau droht

Das einzige und mehr als offensichtliche Vorhaben unter der Bezeichnung Reform bleibt der geplante Stellenabbau. 1991 gab es in Sachsen noch 147 000 Landesbedienstete. Während es 1999 noch 108 000 waren, sollen es 2003 nur noch 96 000 sein und 2008 soll die Zahl 86 000 erreicht werden. Dazu dürfen bereits jetzt 3400 Stellen nicht erneut besetzt werden. Dies hält der SBB für unsozial gegenüber den Beschäftigten und unzumutbar auch gegenüber den Bürgern hin-



Erstmals beim Parlamentarischen Abend des SBB: Der neu ernannte Sächsische Justizminister Manfred Kolbe (li.).

sichtlich der Aufgabenerfüllung. Der Sächsischen Beamtenbund mahnt daneben eine umfassende Reduzierung der Vorschriften an. Stellenabbau und ein ständiges Mehr an Vorschriften führen für die Bürger zu endlos langen Verfahren, Wartezeiten, abnehmende Beratung und Verteuerungen. Die von der Politik stets geforderte Dienstleistung am Bürger muss auch leistbar sein. Die berüchtigte „Abfertigung am Schalter im Minutentakt“ sollte der Vergangenheit angehören. Dienstleistung am Bürger ist nun einmal personalintensiv.

Frank Conrad bei der Eröffnung des DPoIG-Stiftungs-Hauses in Fall

Am 22. September 2000 weilte der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) Frank Conrad in Fall zur Einweihung des Stiftungs-Hauses der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Bayern. Durch die Schaffung dieser Einrichtung ist es in besonderer Art und Weise gelungen, eine hervorragende Stätte für die Erholung von Polizeibeamten und ihren Familien zu ermöglichen. Zugleich ist es Ausdruck der Verbundenheit von Polizei und Bürgern in Bayern.



Der Landesvorsitzende des SBB Frank Conrad beim Gedankenaustausch mit dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern Dr. Edmund Stoiber.

Schreiben der kommunalen Spitzenverbände Sachsens an den Ministerpräsidenten

Sächsischer Landkreistag · Sächsischer Städte- und Gemeindetag · Verein sächsischer Bürgermeister · Sächsischer Beamtenbund

Herrn Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Archivstraße 1
01097 Dresden

Dezember 2000

Versorgung kommunaler Wahlbeamter in den neuen Bundesländern hier: Berücksichtigung von Amtszeiten im Angestelltenverhältnis als Amtszeit im Sinne des § 66 Abs. 2 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir dürfen nochmals auf die für die kommunalen Wahlbeamten so wichtige Thematik zurückkommen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat den Entwurf einer Bundesratsinitiative zur Änderung der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung vorgelegt. Danach sollen die in der ersten Kommunalwahlperiode von Bürgermeistern, Landräten und Beigeordneten zurückgelegten Zeiten im Angestelltenverhältnis als Amtszeit im Sinne von § 66 Abs.2 BeamtVG berücksichtigt werden. Mit dieser Regelung wird die bereits seit längerem geforderte Teilgleichstellung mit den kommunalen Wahlbeamten der alten Bundesländer erreicht, da bei einer entsprechenden Änderung der Verordnung das Ruhegehalt nach Ablauf der jetzigen zweiten Amtszeit nicht 35%, sondern meist 39% beträgt.

Durch den vorgeschlagenen Mindestkürzungsbetrag beim Zusammentreffen der Versorgungsbezüge mit einer Rente wird eine Doppelberücksichtigung dieser Zeiten in jedem Fall vermieden.

Diese Bundesratsinitiative soll eine gemeinsame Aktion der hiervon allein betroffenen neuen Länder sein. Nach Auskunft des Innenministeriums des Landes Sachsen-Anhalt ist es allerdings bedauerlicherweise bis jetzt nicht gelungen, eine positive Abstimmung mit allen neuen Ländern zu erreichen; teilweise haben sich die Bundesländer nicht geäußert, teilweise geht der Änderungsvorschlag nicht weit genug.

Wir sind davon ausgegangen, dass diese Rechtsänderung erfolgen wird, zumal sie vom Freistaat Sachsen im Arbeitskreis für Versorgungsfragen mitgetragen worden ist. Bisher hat sich der Freistaat Sachsen – für uns unverständlich – dieser Bundesratsinitiative jedoch wider Erwarten nicht angeschlossen.

Daher bitten wir Sie, sich für die berechtigten Interessen der kommunalen Wahlbeamten einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Rechtsänderung letztlich nicht am Freistaat Sachsen scheitert.

Um eine eindeutige Regelung zu schaffen, die später nicht zu Auslegungsschwierigkeiten führt, möchten wir anregen, die im Entwurf vorgesehene Ergänzung der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung nicht als Sätze 4 bis 7 an § 2 Nr. 1 anzufügen, sondern als eigene Nummer in § 2 aufzunehmen. Der derzeitige Satz 4 sollte darüber hinaus wie folgt gefasst werden: „Auch solche Amtszeiten im kommunalen Wahlamt, die nach dem 2. Oktober 1990 nicht im Beamtenverhältnis auf Zeit zurückgelegt wurden, gelten als Amtszeit im Sinne des § 66 Abs. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes.“

Wir hoffen auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung. Für weitere Gespräche stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Schramm
Präsident des Sächsischen
Landkreistages

Dr. Herbert Wagner
Präsident des Sächsischen
Städte- und Gemeindetages

Dr. Hans-Christian Rickauer
Vorsitzender des Vereins
sächsischer Bürgermeister

Frank Conrad
Landesvorsitzender des
Sächsischen Beamtenbundes

Blick auf das Jahr 2001

■ SBB in Bad Kissingen

Die Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) war der Einladung zur alljährlichen Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des DBB-Beamtenbund und Tarifunion nach Bad Kissingen gefolgt.

Dies war die 25. derartige Veranstaltung, die deshalb mit einem Staatsempfang der Bayerischen Landesregierung begann. Neben interessanten Kontakten (siehe Fotos) ergaben sich eine Vielzahl von Gesprächen, die sich insbesondere auch um die Fragen der Entwicklung des Ostens rankten.



Der SBB konnte feststellen, dass der Landesbund Sachsen nach zehn Jahren des Aufbaus zu einem festen Bestandteil des DBB-Beamtenbund und Tarifunion geworden ist. Am 26. April 2001 wird der SBB in Dresden sein zehnjähriges Jubiläum feiern.

Es kann nur nochmals bekräftigt werden, es lohnt sich, Mitglied im Sächsischen Beamtenbund zu sein!



■ Sächsischer Beamtenbund zu Gesprächen auf höchster Landesebene

Auch in den vergangenen Wochen fanden wieder Gespräche der Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes mit Vertretern der Sächsischen Landesregierung und des Sächsischen Landtages statt.

So kam es Anfang März 2001 zu einem Arbeitstreffen zwischen dem Landesvorsitzenden des SBB, Frank Conrad, und dem Sächsischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Freistaates Sachsen beim Bund, Stanislaw Tillich. Gegenstand der Gespräche waren:

- Osterweiterung der Europäischen Union – Neue Chancen für den Freistaat Sachsen
- Ziele der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – insbesondere Probleme der öffentlichen Sicherheit im Freistaat Sachsen

In dem Gespräch wurde deutlich, dass sich die Sächsische Staatsregierung dafür einsetzt, dass die spezifischen sächsischen Interessen beim Erweiterungsprozess der EU angemessen bei den zukünftigen Verhandlungen und Entscheidungen auf EU-Ebene berücksichtigt werden.

Darüber hinaus setzt sich Staatsminister Tillich bereits jetzt gegenüber der EU-Kommission dafür ein, dass der Freistaat Sachsen nach Auslaufen der gegenwärtigen Förderperiode der Europäischen Strukturfonds im Jahre 2006 gegenüber Regionen mit gleicher Wirtschaftskraft bei der Verteilung der zukünftigen EU-Mittel für Regional- und Strukturpolitik gleich behandelt wird.

Staatsminister Tillich unterrichtete die Kollegen der Landesleitung des SBB über den Stand der Beitrittsverhandlungen und den daraus erwachsenden Chancen und Risiken der Osterweiterung.



Der SBB beim Sächsischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Freistaates Sachsen beim Bund im Gespräch.

v.l.n.r.: Frank Conrad, Landesvorsitzender des SBB; Stanislaw Tillich, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin des SBB; Ingrid Schwaar, stv. Landesvorsitzende des SBB

Ferner fand Mitte März in der Geschäftsstelle des SBB ein Spitzengespräch mit dem Sächsischen Kultusminister, Dr. Matthias Röbner (MdB), statt, an dem der Vorsitzende des SBB, Frank Conrad, die Landesgeschäftsführerin, Petra Uhlig, die Landesvorsitzenden des Sächsischen Lehrerverbandes (SLV), Ingrid Schwaar, und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen, Albrecht Günther, teilnahmen. Es herrschte ein reger Gedankenaustausch über aktuelle Bildungsprobleme. Im Mittelpunkt der Erörterung standen die Personalentwicklung im Lehrerbereich, die vom Schülerrückgang stark beeinflusst wird, und die weitere Ausgestaltung der sächsischen Schule.

Die Lehrervertreter forderten ihren Minister auf, jungen Lehrern in Sachsen eine Berufschance zu eröffnen, weil das Durchschnittsalter der Pädagogen über 45 Jahre beträgt. Das setzt jedoch voraus, dass das Regelstundenmaß der Mittelschul- und Gymnasiallehrer von 27 Stunden reduziert wird, der Klassenteiler von 33 vermindert wird und in absehbarer Zeit 100 % Gehalt gezahlt und die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Lehrer entscheidend verbessert werden. Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtensbundes, Frank Conrad, verlangte von Dr. Röbner, Lehrer endlich zu verbeamen und leistungsorientiert zu bezahlen, um die Besten in Sachsen zu halten.

SLV und VBE bekannten sich auch zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Schule, machten aber darauf aufmerksam, dass dafür endlich neue Lehrpläne erforderlich sind, mehr Zeit für die Erziehung zur Verfügung steht, eine Lehrerreserve, die die Unterrichtsversorgung sicherstellt, geschaffen wird und die materiell-technische Ausstattung entscheidend erhöht wird, damit moderner Unterricht auch tatsächlich durchgeführt werden kann.



Der Sächsische Kultusminister Dr. Matthias Röbner (MdB) zu Gesprächen in der Geschäftsstelle des Sächsischen Beamtensbundes

v.l.n.r.: Frank Conrad, Landesvorsitzender des SBB; Dr. Matthias Röbner, Staatsminister des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus; Ingrid Schwaar, stv. Landesvorsitzende des SBB und Vorsitzende des Sächsischen Lehrerverbandes e.V.; Albrecht Günther, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen.

Ende März fand noch ein Spitzengespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Dr. Fritz Hähle (MdB), statt.

An dem Gespräch nahmen neben dem Landesvorsitzenden des SBB, Frank Conrad; Ingrid Schwaar, stv. Landesvorsitzende; Joachim Rothe, stv. Landesvorsitzender; Waldemar Böhmer, stv. Landesvorsitzender; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin, teil.

Hierbei spielten solche Themen eine Rolle wie:

- Funktionalreform in Sachsen
- Besoldungsstrukturgesetz
- Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen zum Sächsischen Personalvertretungsgesetz
- Kampf gegen Gewalt in Sachsen



Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag weilt Ende März zu Gesprächen in der Geschäftsstelle des Sächsischen Beamtensbundes.

v.l.n.r.: Ingrid Schwaar, stv. Landesvorsitzende des SBB; Petra Uhlig, Landesgeschäftsführerin des SBB; Dr. Fritz Hähle (MdB), Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag; Frank Conrad, Landesvorsitzender des SBB; Joachim Rothe, stv. Landesvorsitzender Landesvorsitzender des SBB; Waldemar Böhmer, stv. Landesvorsitzender des SBB

Angela Schäfer neue Chefin der DBB-Frauenvertretung Sachsen

Überzeugend wurde auf dem Landesdelegiertentag der DBB-Frauenvertretung Sachsen am Sonnabend, dem 17. März 2001, in Chemnitz **Angela Schäfer**, Mitglied des Sächsischen Lehrerverbandes im SBB, gewählt. Die gestandene Lehrerin für Mathematik und Physik wird nun für die nächsten vier Jahre die Gesckicke der Frauen des Sächsischen Beamtensbundes in die Hand nehmen.

Zu den ersten Gratulanten zählten neben dem Landesvorsitzenden des SBB, Frank Conrad, die Sächsische Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau, Christine Weber (MdB) sowie die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen des Sächsischen Landtages.

In ihrer Antrittsrede betonte die neue Vorsitzende, Angela Schäfer: „Ich möchte dafür eintreten, dass Frauen in allen Bereichen den gleichen Zugang wie Männer zu öffentlichen Ämtern haben, ihnen gleiche Chancen der beruflichen Entwicklung gewährt werden und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern sind.“

Weiterer Höhepunkt des Landesfrauenvertretertages 2001 war die Annahme einer **Grundsatzentschließung**.

Hierin bekräftigen die Frauen des Sächsischen Beamtenbundes, sich aktiv einzubringen für:

- aktive Mitsprache von Frauen bei der Gesellschaftsgestaltung
- Verwirklichung der realen Gleichstellung und Gewährleistung der Chancengleichheit für Frauen
- Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen aller Altersgruppen in Politik, Wirtschaft und sozialen Bereichen



Kurz nach der Wahl der Geschäftsführung der DBB-Frauenvertretung Sachsen am 17. März 2001 in Chemnitz entstand diese Aufnahme.

v.l.n.r.: Angela Schäfer (SLV), Vorsitzende der DBB-Frauenvertretung Sachsen; Rita Müller (BDZ), stv. Vorsitzende der DBB-Frauenvertretung Sachsen; Frank Conrad, Landesvorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes; Helene Wildfeuer, Vorsitzende der DBB-Bundesfrauenvertretung; Ingrid Petzold (MdL), Frauenbeauftragte der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag; Christine Weber (Mdl), Sächsische Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann.

3. Hallenfußballturnier um den Pokal des Ministerpräsidenten

Das war ein erfolgreicher Samstag! Das Hallenfußballturnier um den Pokal des Ministerpräsidenten ist auf dem besten Weg, eine gute Tradition zu werden. Neben weiteren 11 Mannschaften nahm zum ersten Mal auch eine Mannschaft des Sächsischen Beamtenbundes teil. In der wohl am ausgeglichens-ten besetzten Gruppe B mussten sich die Unsrigen mit den Mannschaften der Staatskanzlei, des Statistischen Landesamtes (StaLa), des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit (SMWA), des Landtages und des Justizministeriums (SMJus) auseinandersetzen. Am Ende der Vorrundenspiele setzte sich unsere Mannschaft, bei Punktgleichheit (9 Punkte), aufgrund des besseren Torverhältnisses vor dem SMWA durch.

In der Gruppe A überragte die Mannschaft des Finanzministerium (SMF) alle Mitfavoriten (Innenministerium (SMI), Fachhochschule Meißen (FHSV), Wissenschaft und Kunst (SMWK), Kultus (SMK) und Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)). Mit 15 Punkten wurden sie Gruppensieger vor dem Vorjahressieger

SMUL, der nur aufgrund des besseren Torverhältnisses in das Halbfinale eingezogen war.

Im ersten Halbfinalspiel schlug der zweite unserer Gruppe (SMWA) den Sieger der Gruppe A (SMF) mit 2 : 1 und stand – wie im Vorjahr – als Finalteilnehmer fest. Gegen den Vorjahressieger SMUL musste unsere Mannschaft trotz großen Kampfes einen ersten Tribut zollen. Mit 0 : 3 ging das Spiel aus unserer Sicht klar verloren.

Das anschließende Spiel um Platz 3 zwischen den beiden Vorrundengruppensiegern war das wohl spannendste und an Dramatik nicht zu überbietende Spiel des gesamten Turniers.

Nachdem die Finanziere schon wie der sichere Sieger aussahen, gelang uns buchstäblich in letzter Sekunde der Ausgleich. Die Verlängerung brachte dann keine neuen Tore. Es kam zum ersten und einzigen 7m-Schießen des Turniers. Zwei Schützen des SBB nahmen genau Maß. Ihre Schüsse landeten am Gebälk. Damit blieb für uns der undankbare 4. Platz übrig.

Das Finale war eine Neuauflage des Vorjahres. Der Mannschaft des SMWA gelang mit einem 2 : 1 Sieg eine Revanche für die 2000 erlittene Niederlage gegen die Mannschaft des SMUL.

Bei diesem Turnier traten einige Mannschaften erstmalig mit einer gemischten Mannschaft an. Den Frauen im Team gebührt uneingeschränktes Lob aller Teilnehmer. Zur Siegerehrung brachte das der Veranstalter noch einmal deutlich hervor und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass im nächsten Jahr noch mehr Mannschaften die Gleichberechtigung auch auf dem Hallenparkett demonstrieren.

Als Neuling hat sich die Mannschaft des Sächsischen Beamtenbundes beachtlich geschlagen. Spaß hat es allen gemacht und eines stand beim letzten Schlusspfeiff fest:

Zum 4. Hallenfußballturnier um den Pokal des Ministerpräsidenten im Jahre 2002 sind wir wieder mit von der Partie!

Steffen Hornig

